

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 7. August 1897.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 19.

Inhalt: Arbeiterferien. — Die bayerische Fabrik-Inspektion. — Bericht über die Thätigkeit der Agitations-Kommission für Brandenburg und Pommern. — Feuilleton: Kohle und Eisen. (Fortsetzung.) Allgemeine Gartenbauausstellung in Hamburg. — Gilt das Vereinsgesetz auch für Großindustrielle? — Die Metallarbeiterbewegung von Halle a. d. S. und der „Kokal“-Kongress. — Die Achtstundenbewegung der englischen Maschinenbauer. — Zur Aussperrung in Dänemark. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allg. Kr.- u. St.-K. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — An die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gewählten Arbeitervertreter im deutschen Reich.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **Heidelberg** (H. Hamm), nach **Kalk a. Rh.** (Stählen), nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Schweinfurt**; von Klempnern nach **Frankfurt a. M.** St., nach **Gera**, Heuß j. E., S.; nach **Leipzig** (Eisenach) St.; von Schlossern und Maschinenbauern nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von Bauhülffern nach **Pforzheim** S.; von Metallschlägern nach **Dresden** (Georg Richter) D.; von Feilenbauern nach **Potschappel** (Weghofs) St.; von Schiffsbauern und deren Helfern nach **Hamburg** (Blöhm & Vohs); von Maschinenbauern, Drehern u. nach **Offenbach a. M.** (Aktiengesellschaft für Schriftdruckerei und Maschinenbau); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Dänemark** u.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; S. heißt: Lohnbewegung; A. heißt: Aussperrung; D. heißt: Differenzen.)

Arbeiterferien.

Die meisten bürgerlichen Sozialpolitiker können es nicht begreifen, warum die aufgeklärten und menschbewußten Arbeiter von den sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen nichts wissen wollen und sie unterstellen in ihrer Unkenntnis der Denkweise und der Empfindungen des modernen Arbeiters seiner Abneigung gegen jene Einrichtungen die albernsten Gründe. In der Regel wird die für alle möglichen Dinge angewandte und in der That sehr bequeme Schablone auch auf diese Sache angewendet, nach der die Sozialdemokratie von den Wohlfahrts-einrichtungen eine Schmälerung ihres Einflusses auf die Arbeitermassen befürchtet und darum dieselben bekämpft. Die bürgerlichen Sozialpolitiker werden sich offenbar dessen nicht bewußt, daß eine solche Auffassung nur für die überaus werbende Kraft und Güte der Sozialdemokratie und für die völlige Verselbstheit der sog. Wohlfahrts-einrichtungen spricht. Aber der Kern der Sache — und seine Nichterkennung zeigt, daß die bürgerlichen Sozialpolitiker eben keine Sozialpolitiker sind — ist der, daß der in unserm Zeitalter immer mächtiger werdende Zug der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit, der in erster Linie die Arbeiter erfaßt hat und ihre ganze Klasse erobert, das Recht will und kein Almosen und daß daher die Arbeiter durch die Wohlfahrts-einrichtungen nicht in den von den besitzenden Klassen erwarteten Zustand der Zufriedenheit und Behaglichkeit, sondern im Gegentheil der Unbehaglichkeit und Unfreiheit kommen. Und diese Unbehaglichkeit und Gedrücktheit sind gerade die erfreulichsten Erscheinungen, denn sie beweisen das gesteigerte sittliche Empfinden und Bewußtsein des Arbeiters, also etwas, was jeder wahre Freund seines Volkes, überdies auch vom Standpunkte der fortschreitenden Kulturentwicklung, freudig begrüßen sollte.

Uebrigens gibt es doch auch in bürgerlichen Kreisen Leute, welche nicht blinde Fanatiker für die kapitalistischen Wohlfahrts-einrichtungen sind. So sagte vor einigen Jahren ein österreichischer Fabrikinspektor sehr zutreffend, daß die beste Wohlfahrts-einrichtung hohe, auskömmliche Löhne seien und auch der badiische Fabrikinspektor hat sich allmählich zu freierer Anschauung durchgerungen. Er wirkt ebenfalls in seinem

letzten Amtsberichte (für 1896) die Frage auf, ob nicht die z. B. von zwei Textilfabrikanten im Jahre 1896 für Zuschüsse an Speiseanstalten, für Lohnzulagen, wenn die Frau nicht in der Fabrik arbeiten kann, oder wenn die Kinderzahl zu groß ist, für Zuschüsse an die Arbeiter zu den Leistungen der Krankenkassen, Aufwand für Arbeiterwohnungen, Gratifikation an die Arbeiter zum Zwecke der Kapitalsammlung, Pensionen, Mädchenheim und Erhöhung der Zinse der Sparkasseneinlagen auf 5 Prozent, aufgewendeten 58,000 M. oder 5 Prozent der ausbezahlten Lohnsumme richtiger zu Lohnerhöhungen verwendet worden wären, oder ob sie, da sie unter allen Umständen einen Theil des Lohnes darstellen, sich allerwärts und für immer statt direkter Lohnerhöhung empfehlen, allein er steht von einer Erörterung der aufgeworfenen Frage ab. Dagegen sagt er dann weiter: „Es muß aber festgestellt werden, daß durch die aufgewendeten Summen unter den vorliegenden Verhältnissen zweifellos zum Nutzen der Arbeiter viel mehr geleistet wird, als die Arbeiter bei direkter Auszahlung sich selbst verschaffen könnten. Bei durchdachter und intelligenter Verwendung derartiger Summen findet ein ähnliches Verhältnis wie bei der produktiven Verwendung von Steuern statt. In beiden Fällen wird durch die Gesamtverwendung ein größerer Nutzen erreicht, als durch eine entsprechende Summe von Einzelverwendungen. Dies würde aber nicht anschießen, daß bei der Weiterentwicklung der Verhältnisse Gleiches durch genossenschaftlichen Zusammenschluß erreicht werden könnte.“ Der letztere Satz läßt einen Schluß darauf zu, mit welchen Augen der badiische Fabrikinspektor in That und Wahrheit die Wohlfahrts-einrichtungen ansieht; sie sind auch ihm nicht mehr wie früher förmliche Heiligthümer, sondern entbehrliche Einrichtungen, die sich die Arbeiter durch genossenschaftlichen Zusammenschluß selbst schaffen können, wenn sie genügend hohe Löhne haben. Dabei erwähnt aber Dr. Wörtschoffer nicht des wichtigen sittlichen Moments, das einmal in der Nichtannahme von Wohlthaten und sodann in der freien Selbstverwaltung besteht.

Es ist selbstverständlich, daß es nicht der Name ist, an dem wir Anstoß nehmen, sondern das Wesen der Sache. Als Beweis für diese unsere Auffassung führen wir an, daß wir für zweckmäßig und notwendig erachten, daß alljährlich jedem Arbeiter ein mindestens achttägiger Erholungsurlaub bei voller Lohnzahlung gewährt werde und daß wir nicht den mindesten Anstoß daran nehmen würden, wenn man diesen Urlaub eine „Wohlfahrts-einrichtung“ nennen wollte. Diesen Urlaub und zwar in einer Ausdehnung bis zu 2 und 3 Monaten und noch mehr genießen jeden Sommer zur Erholung und Stärkung der Gesundheit Fürsten, Minister, Professoren, alle höhern öffentlichen und privaten Beamten, ferner nehmen sich diesen Urlaub alle Fabrikanten, Kaufleute, Sinker usw. usw. Die Ausführung einer längeren Erholungsreise in eine Sommerfrische oder in einen Badeort, welche Stätten in der Regel mit Allem ausgestattet sind, was das Leben schön und angenehm macht, erstreckt sich auf immer weitere Kreise und ist zu einem weit verbreiteten angenehmen und gesunden Sporte geworden, den auch Jeder mitmachen muß, der „gesellschaftsfähig“ bleiben will. Die meisten dieser Gebirgsreisenden, Sommerfrischer und Kuranten in den Badeorten erfreuen sich sowieso das ganze Jahr hindurch der besten Gesundheit, arbeiten zum großen Theil gar nichts, wenigstens nichts gesellschaftlich Nützliches, während der andere Theil nicht viel arbeitet, jedenfalls nicht überarbeitet ist. Aber trotzdem ist ihnen die alljährliche Sommerreise sowohl gemüthlich wie gesundheitlich sehr förderlich, was ja gewiß auch in dem durchschnittlich höheren Lebensalter der

Besitzenden zum Ausdruck kommt. Auf sie sind die Verse gemünzt, die sich in Stern's prächtiger Gedichtsammlung „Morgenroth“ finden und lauten:

Arbeitslos!
Welch' ein wunderschönes Loos!
Trüffel, Austern und Konfekt,
Importirte Rheinwein, Sekt,
Gold und Zahn vom Goldfanten,
Johelpelz und Diamanten,
Wohnung: Villa, Bell-Stage,
Dienerchaft und Equipage.
Fagen, Eislauf, Schlittensfahrten,
Reiten, Billard, Würfel, Karten,
Ball, Theater, Sireen,
Ballnerinnen wie die Feen.
Leicht befried'gen alle Launen,
Schlafen süß auf Eiderdaunen,
Morgens neu gestärkt sich spüren,
Wieder sich zu amüfren.
Sommers, Winters, Tag und Nacht
Wechselreich das Leben lacht.
Sei, wie lebt es sich famos:
Arbeitslos!

Ja gewiß, solche Arbeitslosigkeit, wobei das ganze Leben nur Genuß und Vergnügen, ist erträglicher, als die Arbeitslosigkeit des Proletariats, von der denn auch Stern das Pendant zu obigen Versen gibt. Die Arbeiter hätten die Erholung von dem eintönigen Tretnählang im Joche der Lohnarbeit, der sich einen Tag wie den andern, ein Jahr um das andere, bis zum Grabe wiederholt, am Allerndthigsten; nicht die oberen Zehntausend, sondern die unteren Millionen sollten in den schönen Sommermonaten unsere herrlichen Gebirge, Sommerfrischen und Bäder bevölkern. Wie würde sich da während eines 8- bis 14tägigen Urlaubs ohne Arbeitslosigkeit und ohne Sorge um den Lohnverlust die Brust des Proletariats schwellen, das Gemüth des gedrückten Lohnarbeiters sich heben und erfreuen, wie der Körper sich erholen von der ganzjährigen Mühe und Plage und neu gestärkt und gekräftigt werden!

Und das wäre bei gutem Willen der Unternehmerwelt leicht möglich, ohne den sprichwörtlichen „Ruin der Industrie, des ganzen Vaterlandes“ und Gott weiß, was noch Alles. Der Gedanke der Arbeiterferien ist nämlich durchaus nichts Wahnwitziges, das dem hirnverbrannten Kopfe eines bösen Sozialdemokraten entsprungen ist, sondern er rührt von irgend einem Philanthropen her und es hat die Praxis seine Durchführbarkeit wie seine Zweckmäßigkeit bewiesen. In erster Linie seien allerdings die sozialdemokratischen Geschäfte erwähnt, welche den alljährlichen Erholungsurlaub ihren Arbeitern und Angestellten gewähren. Es sind dies das Dieb'sche Verlagsgeschäft mit Buchdruckerei in Stuttgart, die Druckerei der „Volksstimme“ in Mannheim, ferner ein Parteigeschäft in Bayern und wahrscheinlich noch eine Anzahl weiterer sozialdemokratischer Unternehmungen. Die Arbeiterkonsumvereine, allen voran der Leipziger, geben ihren Arbeitern und Angestellten ebenfalls längeren Urlaub bei vollem Lohn. Sodann die Druckerei des schweizerischen Grütlvereins in Zürich, die Druckerei des Typographenbundes in Basel, die Druckerei des arbeiterfreundlichen „St. Galler Stadt-Anz.“ in St. Gallen u. In den Berichten der Fabrikinspektoren sind die bezüglichen Mittheilungen noch recht spärliche, weil eben auch die Einrichtung selbst noch selten ist. In den Berichten für 1895 erwähnt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Arnstberg die Firma Webbingen Söhne in Raunthal bei Langensfeld, welche alljährlich 5-6 erholungsbedürftige Arbeiter auf ihre (der Firma) Kosten in einen geeigneten Badeort entsendet und unterdessen die Familie des Beurtheilten mit wöchentlich 10 M. unterstützt.

In der Ravensberger Spinnerei zu Bielefeld werden alle oder erholungsbedürftige Arbeiter auf ihr Gesuch, das der Arbeitersauschuss prüft, für 4 Wochen bei vollem Tagelohn beurlaubt. Die chemische Fabrik von Dr. v. Heyden Nachf. zu Kadebeul (Muffschtsbezirk Dresden) beurlaubt alljährlich eine Anzahl Arbeiter, welche mehr als 5 Jahre im Geschäft sind, auf 8 bis 14 Tage, unter Umständen aus gesundheitlichen Gründen auch bis auf 3 Wochen bei vollem Lohn. Im Jahre 1895 erhielten 55 Arbeiter einen acht-tägigen Urlaub. Die Konfektions- und Stickerfabrik von Schrage u. Nößling in Blaueu hat für ihre Arbeiterinnen im Mineralbad Oster 18 Freistellen, welche von denselben bei Fortzahlung des vollen Lohnes benutzt werden. In einer chemischen Fabrik in Württemberg erhält jeder Arbeiter, der über 10 Jahre im Geschäft ist, alljährlich einen einwöchentlichen Urlaub bei vollem Lohn und außerdem noch 20 Mk. Es seien nur wenige Arbeiter in der Fabrik, welche nicht in den Genuss des Urlaubs treten. Der niederbayerische Fabrikinspektor erwähnt in seinem Berichte für 1896 eine Druckerei, welche ihren 22 Gehilfen einen dreitägigen Urlaub bei vollem Lohn gewährt. Ebenfalls eine Druckerei erwähnt auch der pfälzische Aufsichtsbeamte, welche jedes Jahr in der Zeit vom Ende Juni bis Anfang September jedem Arbeiter eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes mit der Bedingung gewährt, daß der Urlaub auch zur Erholung und Bewegung in frischer Luft verwendet werde.

„Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes“, sagt der badische Fabrikinspektor im neuen Berichte, „sind bis jetzt nach unsern Wahrnehmungen nur in der Mannheimer Aktiendruckerei für die dort beschäftigte nicht große Zahl von Arbeitern durch Bewilligung acht-tägiger Ferien im Jahre statt. Außerdem ist uns eine solche Gewährung nicht bekannt geworden, wenigstens nicht als feststehende Einrichtung bestimmter Betriebe. Wenn es da und dort vorgekommen sein sollte, daß einzelnen Arbeitern aus besondern Veranlassungen während eines Urlaubs der Lohn fortbezahlt wurde, so entzieht sich dies unserer Wahrnehmung. Darauf kommt es hier auch nicht an. Seitens der Beamten ist bis jetzt in den besuchten Anlagen noch nicht angeregt worden, den Arbeitern oder bestimmten Kategorien derselben periodisch einen wöchentlichen Urlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes zu gewähren. Einmal würden derartige Anregungen voraussichtlich nur geringen Erfolg haben und liegen sie auch deswegen nicht gerade nahe, weil einer solchen Wohlthat, wenn sie da und dort aufgenommen würde, doch nur solche Klassen von Arbeitern theilhaftig würden, für welche dieselbe nicht vorwiegend ein Bedürfnis ist. Ein dringendes Bedürfnis wäre ein periodischer Urlaub, der durch Fortzahlung des Lohnes erst ermöglicht würde, in erster Reihe für die Arbeiter des ununterbrochenen Betriebes mit ihrer spärlichen Sonntagsruhe und den 24stündigen Wechsel-schichten. Eine solche Einrichtung würde doch vielleicht bei völliger Verschonung, in die sie durch ihre Arbeitseinteilung gerathen, einigermaßen entgegen-

wirken. Aber gerade hier besteht aus denselben Gründen, welche die jetzige Arbeitseinteilung hervorgerufen haben, wenig Aussicht, daß sie einer solchen Wohlthat theilhaftig würden. Die ganz überwiegende Zahl der Arbeiter ist ihnen gegenüber schon dadurch erheblich besser gestellt, daß sie in der Regel wöchentlich eine 36stündige Sonntagsruhe haben und daß 24stündige Arbeitsschichten bei ihnen nicht vorkommen. Auch für sie wäre allerdings hier und da wie für jeden Menschen eine Zeit der völligen Ausspannung erwünscht. Zur Zeit kommt es bei ihnen aber doch mehr darauf an, daß sie die ihnen zur Verfügung stehende Ruhezeit in kultivierterer Weise benutzen lernen und daß ihnen eine solche Benützung durch Schaffung von geordneten Wohnungsverhältnissen mehr als es jetzt der Fall ist, ermöglicht wird. Auch eine vermehrte Darbietung passender Erholungs- und Lese-einrichtungen und die Beschränkung allzugroßer Arbeitszeiten in einigen Industriezweigen gehört hierher. Erst nach Erfüllung dieser Vorbedingungen würde eine periodische Urlaubsertheilung und die Ermöglichung ihrer Inanspruchnahme durch Fortzahlung ihres Lohnes eigentliche kulturelle Bedeutung für die Gesamtheit erhalten.“

Man kann diese Aeußerungen des badischen Fabrikinspektors für berechtigt ansehen und dennoch der Meinung sein, daß ein längerer Urlaub für alle Arbeiter ein lebendiges Bedürfnis ist zur Erweiterung des Gemüths wie zur Erholung und Kräftigung der Gesundheit. Wir meinen eben nicht, daß ein 8- oder 14-tägiger Urlaub Alles ist und dann nichts Anderes mehr zu thun sei; man soll im Gegentheil das Eine thun und das Andere, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Ernährungsverhältnisse etc., nicht lassen. Und da vernüßten wir gerade in den zitierten Auslassungen des badischen Fabrikinspektors ein kräftiges Wort für Einschränkung des ununterbrochenen Betriebes auf die unumgängliche Nothwendigkeit und diese dürfte in nur geringem Umfange vorhanden sein.

Ist die Forderung der Arbeiter nach einem all-jährlichen Erholungsurlaub von 8-14 Tagen bei Fortzahlung des Lohnes eine Forderung der Billigkeit und sozialen Gerechtigkeit, so ist sie andererseits nach den bereits gemachten praktischen Erfahrungen ohne irgend welche wirthschaftlichen Nachteile leicht durchführbar. Und darum rufen wir den Unternehmern zu:

Gebt den Arbeitern Ferien zur Erholung!

Die bayerische Fabrikinspektion.

Wie die anderen deutschen Fabrikinspektoren, so betonen auch die bayerischen in ihren Berichten für 1896, daß die Geschäftslage im Allgemeinen eine gute war. Der ziffermäßige Beweis dafür liegt nicht allein darin, daß die der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe sich von 7274 in 1895 auf 7495 im Berichtsjahre vermehrten, sondern daß auch die Arbeiterzahl von 250,607 auf 263,294 stieg. Diese Vermehrung erstreckt sich sowohl auf alle 8 Aufsichts-

zirke wie auch auf alle Industriegruppen und alle Arbeiterkategorien. Die Arbeiter vermehrten sich von 188,535 auf 198,591 und die Arbeiterinnen von 62,072 auf 64,703. Die Zahl der Fabriken, welche Arbeiterinnen beschäftigen, stieg von 2231 auf 2311 und diejenige mit jugendlichen Arbeitern von 2673 auf 2727. Die beschäftigten jungen Leute vermehrten sich von 16,054 auf 17,795, die Kinder unter 14 Jahren von 1541 auf 1944, sämtliche jugendliche Arbeiter zusammen von 17,595 auf 19,739. Die 1891 und 1892, als das Gesetz in Kraft trat, sowie auch noch nachher von den Unternehmern zum Zwecke der Einschüchterung gemachten Drohungen, die Arbeiterinnen sowie die Jugendlichen wegen des ihnen zu Theil gewordenen besondern Schutzes zu entlassen und keine solchen mehr einzustellen und die weiteren Befürchtungen, daß dadurch die Industrie schwer geschädigt werden würde, haben sich ebenso als unwahr und berechnet übertrieben erwiesen, wie solche Vorhersagen noch immer in allen Fällen, da neue Arbeiterschutzgesetze irgendwo eingeführt worden sind. Nach den zahlreichen Blamagen, welche die Unternehmer seit bald 100 Jahren in verschiedenen Ländern mit ihren bezüglichen Schwindeleien erlebt haben, sollte man endlich erwarten dürfen, daß sie sich schämen und nicht den gleichen Schwindel immer wieder aufs Neue wiederholen. Erinnert man sich aber, in welcher without-brannten Weise die deutschen Bäckereimeister gegen die bekannte und so überaus schwächliche Bäckereiverordnung auftraten und wie sie noch heute diesen Kampf fortführen, trotzdem schon vielfach durch amtliche Feststellungen der Schwindel dieser Agitation aufgedeckt wurde, so wird man kaum hoffen dürfen, daß in Zukunft das Unternehmertum mit mehr Ruhe und Vernunft neuen Arbeiterschutz aufzunehmen wird.

Aber nicht bloß die Fabrikindustrie, sondern auch das Gewerbe hat im Berichtsjahre unter dem Einflusse des wirthschaftlichen Aufschwunges eine nicht unbedeutende Ausdehnung erfahren. Die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Handwerksbetriebe vermehrte sich von 27,085 in 1895 auf 29,959 im Berichtsjahre, wobei die Betriebe mit mehr als 5 Arbeitern von 4021 auf 4355 angewachsen sind. Die Gesamtarbeiterzahl in denselben stieg von 92,535 auf 101,072, wovon die Arbeiterinnen von 8261 auf 8311 anwuchsen. Die gesammte Arbeiterzahl in Industrie und Gewerbe betrug 1895 343,142 (davon 70,333 weibliche), 1896 364,366 (73,014 weibliche) in 34,359 resp. 37,454 Betrieben. In der Metallindustrie waren 1895 insgesammt 21,317 Arbeiter beschäftigt, 1896 23,915; davon waren 1896: 2143 (1895: 1662) Jugendliche, 6264 (5837) Arbeiterinnen über 16 Jahre alt und do. männliche Arbeiter 15,508 (13,818). Während die Vermehrung der gesammten, in der Metallindustrie thätigen Arbeiterschaft 12,2 Prozent beträgt, macht dagegen die der Jugendlichen 28,9 Prozent aus. In der Maschinenindustrie waren insgesammt 27,714 (1895: 25,086) Arbeiter beschäftigt, wovon 1522 (1538) Jugendliche, 315 (212) Arbeiterinnen über 16 Jahre und do. männ-

— Kohle und Eisen. —

(Fortsetzung.)

Dieser sonderbaren Verzerrung des Menschengestirns — römischen Recht genannt — haben wir Folgendes zu verdanken:

Im Jahre 1880 haben auf der ganzen Erde 1 182 752 Arbeiter für 2028 Millionen Mark Kohlen aus Tageslicht gefördert. Die genannte Summe ist der Halbenwerth der Kohle. Das heißt: der Werth am Erzeugungsorte. Derselbe begreift also sämtliche Untkosten in sich: den Arbeitslohn, die Kosten des Betriebes, die Abschreibungen für Maschinen, die Zinsen für das Kapital, die Ausgaben für die Verwalt-ung, Versicherung etc., und den Unternehmergewinn. Diese mehr als 2 Milliarden sind beim Verkauf gezahlt worden. Man sagt man: 50-60 Prozent davon sind Arbeits-lohn. Schön — und das scheint auch zu stimmen. 443,25 pro Kopf kommen bei 55 Prozent heraus. Nichts ist man, daß jugendliche Arbeiter, Frauen, gelehrte und ungelehrte Arbeiter beschäftigt sind, daß die Löhne in einigen Ländern höher, in anderen niedriger sind, so wird der Durchschnitt kaum so viel betragen. Sollten es aber selbst 60 Proz. sein, also 1029 Mk der Durchschnitt, so bleiben noch 40 Proz. für den Rest der Kosten und den Unternehmergewinn. Wir hoch letzterer berechnet wird, zeigen uns die Kurszettel und Abrechnungen der Aktiengesellschaften. 10 bis 15 Prozent Divi-dende springen immer heraus.

Wir wissen jedoch, daß die Produktionskosten sich ständig verringern, eben durch die Erfindungen. Außerdem bleibt der Halbenwerth nicht derselbe und die Zahl der Arbeiter ebensoviele. Sehen wir also weiter zu:

Im Jahre 1885 haben 1 275 102 Arbeiter für 2231 Millionen Mark Kohlen gefördert, ein Arbeiter also für 1750 Mk. In fünf Jahren ist der von jedem Arbeiter durch-schnittlich erzeugte Halbenwerth um 15 Mk gestiegen, die Zahl der Arbeiter um 92 350. Bis 1890 stieg die Zahl der Arbeiter noch um 289 916, der durchschnittlich erzeugte Hal-benwerth auf 2108 (I) Mk, also 448 Mk für jeden Arbeiter! Wer wollte nun behaupten, daß der Arbeitslohn ebenfalls um so viel oder auch nur annähernd so viel gestiegen sei? —

Das genaue Gegentheil muß eingetreten sein, weil der stän-dige Fortschritt der Technik die Einstellung ungelerner, weis-licher und jugendlicher Arbeiter mit jedem Jahre mehr er-möglicht. Da diese billiger arbeiten, muß der Durchschnitt des Lohnes eher gefallen als gestiegen sein. Der von 1 1/2 Millionen Arbeitern mehr geschaffene Werth ist also den Kapitalisten zugeflossen.

Die Zahl der Arbeiter in den einzelnen Ländern und den durchschnittlich erzeugten Halbenwerth erzieht man aus folgender Aufstellung:

Table with 4 columns: Land, Jahr, Zahl der Arbeiter, Halbenwerth des Gesamtproduktes, durchschnittlich erzeugte Halbenwerth. Rows include: 1) In Großbritannien, 2) In Belgien, 3) In den Vereinigten Staaten, 4) In Deutschland, 5) In Frankreich, 6) In Oesterreich-Ungarn.

Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Frankreich sehen wir von 1880 zu 85 nur einen kleinen Aufschwung oder sogar einen Rückgang des von jedem Arbeiter erzeugten Halbenwerthes. Von 1885 zu 1890 aber mit denselben Aus-nahmen einen ganz riesigen Aufschwung. Das Schwanken von 1880 zu 85 zeigt, daß zwischen diesen Jahren eine wirth-schaftliche Krisis für ganz Europa gelegen hat. In Frank-reich und Amerika herrschen andere Produktionsverhältnisse, die bereits im vorigen Abschnitt besprochen wurden, und deren Wirkungen in dieser Aufstellung wiedererscheinen müssen, wenn kein Rechenfehler unsererseits vorliegen soll.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Prozentsatz des Hal-benwerthes, der auf den Arbeitslohn entfällt, in allen Län-dern gleich hoch sei. Bedeutende Unterschiede werden indes nicht vorhanden sein, die wesentliche Verschiedenheit der Ar-beitslöhne wird vielmehr mit den Lebensmittelpreisen in den einzelnen Ländern in Zusammenhang stehen.

Bei der Braunkohलगewinnung zeigt sich das selbe Resultat. Es sind aber nur für Deutschland Zahlenangaben vorhanden. Man kann hier die Durchschnittsleistung von 5 Jahren zu Grunde legen, wodurch die geringen Schwankungen einzelner Jahre aus den Augen fallen, ohne bei der Rechnung zu fehlen. Es waren im Durchschnitt von: 1884 zu 1888 28 863 Arbeiter 1889 " 1893 34 810 " beschäftigt.

Die Vermehrung der Arbeiter ist also auch hier einge-treten. 1884-1888 wurden im jährl. Durchschn. 156,6 und 1889-1893 199,9 Million T. Braunkohlen gefördert. Die Durchschnittsleistung eines Ar-beiters betrug 1884-1889 4 1397 Halbenwerth, 1889 bis 1893 4 1502. Es bleibt dabei, der Werth der Arbeit für die Gesellschaft wird ständig erhöht. Da hört man oft den Einwurf, daß die Kraftleistung, die physische Anstrengung des einzelnen Arbeiters nicht er-höhht sei, sondern die Maschinen mehr leisteten. Mitihm läge gar keine Beweisauflassung vor, den Lohn zu erhöhen. Zu-nächst stimmt die Behauptung nur in den seltensten Fällen mit den Thatfachen überein. Ist es aber wirklich der Fall, so muß man zugeben, daß der Nutzen der Erfind-

liche Arbeiter 25,877 (23,336). Die Gesamtvermehrung aller Arbeiter in der Maschinenindustrie beträgt 10,5 Prozent, die der Arbeiterinnen 48,6 Prozent, während die Jugendlichen um 1,0 Prozent sich verminderten.

Von den Aufsichtsbezirken haben die Fabriken Oberbayerns, der Pfalz und Mittelfrankens eine größere Zunahme der jugendlichen Arbeiter und erstere auch der Arbeiterinnen erfahren. „Man wird nicht fehl gehen“, bemerkt dazu der Verfasser der Einleitung, der Münchener Aufsichtsbeamte Böllath, „wenn man diese zum Theil unverhältnißmäßige Vermehrung der sogenannten geschützten Personen mit dem ungenügenden Vollzuge der Schutzbestimmungen in Verbindung bringt.“ Bemerkenswerth ist die Feststellung des mittelfränkischen Aufsichtsbeamten, daß die Zunahme der Arbeiter von 59,897 auf 60,667 ausschließlich auf die Fabriken kommt, die sich auf 1128 belaufen, um 4 Prozent mehr als 1895, während in den Handwerksbetrieben, deren Zahl ebenfalls um 4 Prozent gestiegen ist, gegen 1895, eine, wenn auch nur geringfügige Abnahme der Arbeiterzahl eingetreten ist. Und ähnlich berichten auch andere Inspektoren, denen allerdings auch wieder Berichte über den Aufschwung des Handwerks gegenüberstehen. Die Zunahme der Arbeiterzahl in der mittelfränkischen Fabrikindustrie war am stärksten (36 Prozent) in der Maschinenindustrie (beschäftigt in 58 Betrieben 7990, Metallindustrie in 235 Betrieben 10,358 Arbeiter), entsprechend der zunehmenden Entwicklung der elektrotechnischen und Fahrradindustrie. Von den 1896 in die mittelfränkische Metallindustrie neu eingetretenen 1405 (mehr beschäftigten) Personen entfällt fast der fünfte Theil allein auf die Jugendlichen. Und ähnlich ist es auch bezüglich der Arbeiterinnen.

Die Frauenarbeit erfährt eine sehr bedenkliche Ausdehnung auf Verrichtungen, die dem doch für das weibliche Geschlecht absolut nicht passen. Hat da der niederbayerische Fabrikinspektor in einem Sägewerk eine Frau mit der Heizung und Wartung eines Dampfkessels sowie der Dampfmaschine angeordnet, wogegen er reklamierte und entsprechende Anordnung anordnete. Der pfälzische Beamte fand bei der Revision einer Feilenfabrik die „jedemfalls behauerliche Neuerung, daß daselbst nicht nur einige erwachsene, sondern auch 5 im Alter von 15—16 Jahren stehende Mädchen zum Aufhauen der Feilen mittelst Handhammer beschäftigt werden. Die Firma suchte dies damit zu rechtfertigen, daß die Mädchen aufmerksamer (!) und billiger (das ist natürlich die Hauptsache) arbeiten als männliche Personen, daß sie pünktlicher bei der Arbeit wären, daß Lehrlinge — welche bei 4jähriger Lehrzeit Anfangs 80 S, später bis zu 1,50 M Tagelohn erhalten — schwer zu bekommen sind und die Konkurrenz in der Schweiz, im Elsaß, in Eßlingen und anderen Orten Deutschlands schon längst weibliche Personen mit dieser Arbeit beschäftigt. Aus letzterem Grunde und da ärztlicherseits vorläufig eine gesundheitschädliche Beschäftigung hierin nicht erblickt wird, auch die Mädchen —

ungen allein den Besitzern der Produktionsmittel zufällt.

Wo aber in aller Welt kommt denn das Recht der Besitzenden her, den Nutzen der geistigen Arbeit vergangener und noch lebender Generationen einzuzuflecken?

Man bleibe uns doch mit der Fabel vom Halse, daß die Arbeiter „im Allgemeinen“ Nutzen von der Kultur haben. Er bekommt Baumwolle und muß Seide weben, er wohnt in elenden Hütten oder dümmigen Massenquartieren und baut weite und luftige Paläste. Er muß 4. Klasse auf der Eisenbahn fahren, sein Ausbeuter fährt 1. Klasse. Er bekommt Pferdefleisch statt Rindfleisch, ebenso Bier statt Wein, verdorbenes Schmalz statt Butter usw. Telephon und Telegraph dienen dazu, ihn zu schaden, statt zu nützen. Eine telephonische Anfrage bei einem früheren Arbeitgeber hat schon Manchem die Stelle verschlossen, die er sicher einzunehmen gedachte. Der Telegraph wirkt bei Streiks selten etwas Gutes für den Arbeiter.

Er schaffen hat die Arbeit alle Kultur, und das zeigt ihren wahren Werth. Den Genuß davon hat aber nur die bevorzugte Klasse der Besitzenden, dieselbe Klasse, der der Nutzen täglich wachsender Leistungen des einzelnen Arbeiters zu Gute kommt. (Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Gartenbauausstellung in Hamburg. *)

Wenn wir die ausgestellten Erzeugnisse der Metallindustrie betrachten, so weit sie mit dem Gartenbau zusammenhängen oder bei demselben Verwendung finden, so müssen wir von vornherein bescheidene Anforderungen stellen. Das Hauptgewicht ist bei dieser Ausstellung, wie ja auch ander von uns auszuweisende gebrachten Erzeugnisse hervorgeht, auf die Ausstellung der Erzeugnisse des Gartenbaues, insbesondere der Blumenzucht, gelegt und darin wird wirklich Großartiges geboten, während bei den Maschinen, Apparaten, Geräthen zc. nur eine untergeordnete Rolle zugetheilt wurde, im Gegensatz zu der mit der Pariser Weltausstellung 1889 verbundenen Gartenbauausstellung auf dem Trocadero, bei

*) Vergl. Nr. 21.

allein befragt — sich mit der Arbeit einverstanden erklärten, so blieb zunächst die Sache beruhen. Eine für weibliche Personen angemessene und geeignete Arbeit ist dieses Feilenaufhauen aber wohl keinesfalls. Bis jetzt werden Rundfeilen und halbrunde Schlichtfeilen unter Benützung von etwa 1/4 bis etwas über 1/2 Kilogramm schweren Handhämern aufgehauen. Die Mädchen erhalten vorläufig 1 M Tagelohn und für später ist Akkordlohn in Aussicht genommen.“ Was der betreffende Feilenfabrikant dem Fabrikinspektor über die Frauenarbeit in den Feilenfabriken anderwärts sagte, ist, soweit die Schweiz in Betracht kommt, einfach Schwindel und wir sind geneigt, anzunehmen, daß es auch an anderen Orten ebenso ist.

An einer anderen Stelle konstatiert der pfälzische Beamte, die stetige Ausdehnung des Gebietes der weiblichen Fabrikthätigkeit und führt dafür noch als ferneren Beleg an, daß in einer Fabrik für Meßapparate gegen 1895 unverhältnißmäßig viele Arbeiterinnen beschäftigt werden und zwar an kleinen Spezialarbeitsmaschinen und zum Kontrolliren und Zusammensetzen der Uhrwerke und deren Einzeltheile. „Es ist dies jedoch eine leichte, reinliche, hauptsächlich nur große Aufmerksamkeit erfordernde Arbeit.“ Das mag ja richtig sein, allein diese Frauenarbeit bedeutet eben die Verdrängung der männlichen Arbeiter auch aus der optischen und feimechanischen Industrie.

Nach dem Berichte des Aufsichtsbeamten für Schwaben und Neuburg war die Eisenindustrie bei sehr günstiger Geschäftslage vollauf beschäftigt, namentlich aber die größeren Maschinenfabriken. Nur diejenigen für landwirthschaftliche Maschinen hatten unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Der unterfränkische Aufsichtsbeamte meint, daß im Berichtsjahre eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der gesamten Arbeiterbevölkerung eingetreten sei, daß diese Besserung aber weit hinter dem Aufschwung, den die Industrie erfahren hat, zurückgeblieben ist. „Die Furcht vor einem etwaigen geschäftlichen Rückschlag hat die Lohnerhöhungen nicht in dem erwarteten Maße zur Einführung gelangen lassen.“ Und der Münchener Inspektor Böllath konstatiert, daß im großen Ganzen das Einkommen der Arbeiterbevölkerung sich wohl nur insofern vergrößert hat, als mehr Ueberstunden gemacht und in Folge der reichlicheren Arbeitsgelegenheit durchschnittlich mehr Personen beschäftigt wurden.“ Und er schließt seine den 8 Einzelberichten vorangestellte Einleitung: „Der geschäftliche, auch im vergangenen Jahre andauernde Aufschwung ist der Arbeiterbevölkerung Alles in Allem nur insofern zu statten gekommen, als die Arbeitsgelegenheit eine reichlichere wurde; eine Lohnsteigerung hat derselbe nicht bewirkt. Nach manchen Richtungen hin bleiben somit die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter änderungsbedürftig und nur bei Betrachtung eines langen Zeitraumes wird man erkennen können, daß auch hier die Lebenshaltung sich gebessert hat. — Der Arbeitsvertrag erhält eine für den Arbeitnehmer allmählich günstigere Regelung, während gleichzeitig die Vortheile der Arbeiterschutz- und Versicherungs-

welcher die Maschinen, Geräte zc. das Uebergewicht hatten. Dieses Verhältnis ist übrigens leicht erklärlich, indem letztere Ausstellung gewissermaßen nur als Dekoration für die Erzeugnisse der Industrie diente, während die Gartenbauausstellung in Hamburg Selbstzweck ist.

Den hervorragendsten Antheil an der Ausstellung hat die Metallindustrie durch die Beleuchtung, welche ausschließlich elektrisch ist; Was wird nur zu Nothzwecken in einigen Restaurants verwendet. Der Strom wird von einem der elektrischen Elektrizitätswerke geliefert und durch 8 starke Kabel zugeleitet, er wird durch eine Ringleitung mit einzelnen Abzweigungen vertheilt, die sämmtlich unterirdisch gelegt sind; die Luftleitungen, welche so sehr störend für die Perspektive sind, wurden gänzlich vermieden. Zur Beleuchtung dienen 220—230 Bogen- und ja 12 000 Glühlampen, welche bei voller Beleuchtung ja 1800 Ampere bei 210 Volt Spannung an Strom ständig konsumiren; außerdem ist auch ein Scheinwerfer von 2000 Kerzen Lichtstärke in Funktion. Die Regulirung erfolgt von einer Centralstelle aus. Die Anlagen sind von der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin“ ausgeführt. Durch die Elektrizität werden ferner drei, von der Firma Goldt & Vogel, Maschinen- und Pumpenfabrik, Hamburg, aufgestellte Pumpen getrieben, von jeder eine Leistung von 10 Pferdestärken beansprucht. Die eine ist eine vierfach wirkende Plunger-Kolbenpumpe, welche direkt mit dem Elektromotor verknüpft ist; sie speist den im Teiche angelegten Springbrunnen und treibt durch denselben pro Minute 1000 Liter 22 Meter hoch bei 3 Atmosphären Druck, jedoch kann der Wasserstrahl auch bis 30 Meter hoch getrieben werden. Die anderen beiden sind ställige Zentrifugalpumpen, deren Leistung 3000 Liter pro Minute beträgt. Sie dienen zur Speisung der beiden Wasserfälle im Park und in der Halle und werden durch Riemenverbindung angetrieben. Bei sämmtlichen 3 Anlagen gelangt das geförderte Wasser wieder zur Schöpfstelle zurück, ein Wasserverbrauch findet also nicht statt. Außer einem kleinen Gasmotor, welcher die Pumpe zur Speisung des Wasserfalles in der Vegetationsgalerie treibt, finden sich Kraftmaschinen in Betrieb zu Ausstellungszwecken nicht vor; die Ausstellungsbesucher werden also weder durch Rauch noch durch Stämpfen und Klaffen von Maschinen belästigt.

gefehrte wirksamer zu Tage treten; immerhin verlangen diese letzteren eine fortschreitende Ausgestaltung. — Auf geistigem Gebiete verräth die Arbeiterbevölkerung allenthalben Empfänglichkeit und Theilnahme. Die gesellschaftliche Verührung der Arbeiterklasse mit anderen Ständen ist vielseitiger und lebhafter geworden, was dazu beiträgt, ersterer die Erungenschaften der Kultur und Bildung in immer höherem Maße zu vermitteln. — Dadurch befestigt sich wiederum die soziale Stellung der Arbeiterschaft und es findet diese in den Arbeiterorganisationen mehr und mehr die geeigneten Vertreter und Vorkämpfer ihrer Interessen.

Im Ganzen unverkennbar ein allmählicher Fortschritt, um so sympathischer beruhend, als er zum Theile der Arbeiterklasse selbst zuzuschreiben ist. Möge diese Entwicklung weder durch Verfolgung eines vom Wege maßvoller Sozialreform abweichenden Zieles, noch durch eine Art des Vorgehens gefährdet werden, welche die unentbehrliche Mitwirkung anderer Volkstheile, vor Allem die der mitbetheiligten Arbeitgeber, ausschließt.“

Diese Fortentwicklung der Arbeiterklasse wird nicht durch die Arbeiter selbst gefährdet, sondern durch die brutale Bergewaltigungspolitik einer junkerlichen Drohenklippe, welche, wie 1887 im deutschen Reichstage Genosse Auer sagte, die politische Erdrosselung der Arbeiter will, damit sie dann um so bequemer den auf ihre Taschen gerichteten Raubzug ausführen kann. Möge das verwerfliche Treiben derselben baldigst zu Schanden werden.

(Schluß folgt.)

Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission für Brandenburg und Pommern.

Der vorliegende Bericht erstreckt sich über den Zeitraum von Ende November 1896 bis Ende Juli 1897. Ich theile denselben in zwei Abschnitte: Erstens die Zeit von Ende November 1896 bis Ende April 1897 und zweitens den Rest des obengenannten Zeitabschnittes. Die Theilung ergibt sich aus der mit Ende April d. J. erfolgten erweiterten Thätigkeit, die durch den Uebertritt der Berliner Lokalorganisation zum D. M.-B. ermöglicht wurde.

Schon durch die frühere Thätigkeit (im Jahre 1895) hatte sich herausgestellt, daß die Agitation sich nicht auf das Abhalten von öffentlichen Versammlungen beschränken darf, und auch die Vertheilung von Flugblättern die Agitation nicht genügend unterstützt. Namentlich aber ist die alte Erfahrung bestätigt worden, daß die öffentlichen Versammlungen selten genügend vorbereitet werden. Daher sind zunächst von der Agitationskommission Fragebogen herausgegeben worden, welche die Thätigkeit der Ortsverwaltungen ermitteln und kontrolliren sollen, und außerdem in Zwischenräumen von 1/2 Jahr die Zahl der Mitglieder nach Branchen getrennt erforschen. Dadurch gewann die Agitationskommission zunächst schon einen kleinen Ueberblick darüber, wie es in den Verwaltungsstellen der Provinzen aussieht. Später (Dezember

Besonders erwähnenswerth dürfte hier noch der große in Eisen ausgeführte Kronleuchter sein, welcher unter der von einem einfallenden Licht beleuchteten Kuppel der Haupthalle nicht etwa hängt, wie dies gewöhnlich bei Kronleuchtern der Fall ist, sondern gewissermaßen schwebt. Er wird nämlich von 8, aus starkem Rundstaben hergestellten Ankern gehalten, welche durch die oberen Wände des Kuppelbaues gehen und bildet so neben seinem eigentlichen Zweck durch seine kolossale Schwere das schwebende Kontingement für die Verankerung, welche das Ausweichen der oberen Seitenwände verhindern soll. Neben diesem Meisterwerk in Eisenkonstruktion, für welches sich jeder Sachmann ganz besonders interessieren wird, verdient zunächst ein anderes Schaustück in Eisenkonstruktion der Erwähnung; nämlich ein Treibhaus mit Wintergarten von E. Zimmermann-Altona, versehen mit einer Warmwasserheizungsanlage von H. D. Meyer, Hamburg. Es ist das ein gefälliger, äußerst sauber ausgeführter Bau, welcher verdient, daß er im Park selbst einen geeigneten Platz gefunden hat und nicht nach dem, von der eigentlichen Ausstellung gewissermaßen abgetrennten oben Theil derselben verbannt wurde, in welchem sich die übrigen, mit dem Gartenbau zusammenhängenden Erzeugnisse der Industrie befinden. Hier finden wir mehrere Treibhäuser. Zunächst ein solches von M. E. Schott, Breslau, welches im Spätkogenerstil ausgeführt ist. Daneben hat dieselbe Firma das neueste Modell liegender Röhrenkessel mit Schüttfeuer für Dauerbrand zu Warmwasserheizungen aufgestellt. Wir finden ferner ein Treibhaus von H. F. M. Stahl, Ottenen, mit Centralheizung von Bolte & Coppelow, Hamburg; daneben eine Firschtüllung für Gewächshäuser mit Regulirvorrichtung zum Lüften.

Die Firma Sverak, Kohl & Eisfeld, Spezialfabrik von Heizanlagen, Hamburg, hat zur Ausstellung ihrer Erzeugnisse ein Treibhaus in Holzkonstruktion herstellen lassen, welches bei einer Länge von 21 Meter 123 Quadratmeter Flächeninhalt hat und mit Heizung 5750 M kostet, die Heizung allein stellt sich auf 1300 M. Hier finden wir auch verschiedene Kessel und Feuerungsrichtungen für Wasserheizungen, Arrangements zc.; auch ein aufrechtstehender Dampfniederdruckheizungskessel, komplet montirt, findet sich hier vor. E. Seidler & Spielberg, Eisenfabrik, Ottenen, haben zwei

1896) wurden kleine Broschüren gedruckt, welche den Ortsverwaltungen Anleitung erteilen, was für Vorarbeiten zu erledigen sind beim Abhalten von öffentlichen Versammlungen.

Alle diese Arbeiten trugen wesentlich dazu bei, die abgehaltenen Versammlungen ganz bedeutend erfolgreicher zu gestalten, denn erstens war jetzt der Kommission die Arbeit der Verwaltung und Zahl der Mitglieder vor Stattfinden der Versammlung bekannt, und zweitens der Pässigkeit und theilweisen Unkenntnis der Ortsverwaltungen vorgebeugt.

Es fanden nun in dem Zeitraum von Ende November bis Ende März 23 öffentliche Versammlungen in beiden Provinzen statt. Ferner wurde im Monat April noch damit begonnen, die gegen die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine gerichteten Flugblätter zu verbreiten. Den Lesern der "Met.-Arb.-Ztg." ist aus der Polemik, die ich mit den Hirschen zu führen gezwungen war, bekannt, wie groß die Wuth der Harmoniebusler über das Flugblatt war.

Bemerken will ich noch, daß von den betreffenden Flugblättern im Ganzen in der Zeit von Mitte April bis Mitte Juli ca. 50 000 Stück in den Provinzen Brandenburg (einschließlich Berlin) Pommern und Schlesien (in letzterer Provinz auf Wunsch dortiger Kollegen) verbreitet worden sind.

Daß die Agitationskommission auch sonst im ständigen Verkehr mit den Verwaltungen der Provinz gestanden hat, geht daraus hervor, daß vom November

schwedische Kaminöfen in sehr hübscher Ausführung aufgestellt und H. Schäler, Hamburg, ein feststehendes eisernes Gartenzelt, während von Ph. Meyer jr., Magdeburg, zusammenlegbare, leicht transportable Gartenzelte in Säulenstellung aufgestellt sind, welche sich auch durch ihre Einfachheit und Billigkeit auszeichnen.

1896 bis 23. März 1897 272 Postsendungen bei der Kommission ein- und 389 ausgingen.

Ich komme nun zu dem zweiten Zeitabschnitt. Obwohl, wie aus Vorstehendem ersichtlich, die Agitation durchaus planmäßig betrieben wurde, war doch der Erfolg immer noch nicht so, wie es wünschenswerth und nothwendig für die Bewegung ist.

Wie in allen kleineren Städten und Fabrikorten auf dem platten Lande hat man es auch in Brandenburg und Pommern mit einer zum Theil ländlichen, ja besser noch ausgedrückt "häuerlichen" Industriebefölkerung zu thun. Der scheinbare Widerspruch in diesem Ausdruck wird dem Kenner der Verhältnisse am besten zeigen, was ich sagen will: halb Bauer, halb Industriearbeiter! Dazu kommt eine andere Kategorie von Arbeitern: Diejenigen, die in den kleinen Städten geboren und groß geworden sind, und auch wohl die Absicht haben, dort — zu sterben.

Wenn aber der Berg nicht zum Propheten kommt, so muß der Prophet zum Berge gehen!

Das jagte sich die Kommission und nun wurden andere Mittel und Wege zu finden gesucht. Vor allen Dingen erschien uns ein gründliches Studium der Lage der Arbeiter und der sonstigen die Bewegung beeinflussenden Verhältnisse jedes einzelnen Ortes die unerläßliche Vorbedingung.

Wie aber das erreichen? — Es ist das der schwierigste und aber auch notwendigste Theil der agitatorischen Thätigkeit.

Fragebogen ausgeben erscheint als das nächstliegende und einfachste, wenn nicht einzige Hilfsmittel. Ja, aber wer beantwortet die Fragebogen? Sind an jedem Orte so viel Intelligenzen, wie dazu nothig sind? Nein, an keinem einzigen Ort! Gewiß haben viele Orte einige sehr intelligente Kollegen — aber deren Kräfte reichen nicht aus.

Daher hat die Kommission einen anderen Weg eingeschlagen: Die Ortsverwaltungen wurden zunächst ersucht, auf eingesandte gedruckte Formulare alle am Orte befindlichen Betriebe nach Firma, Fabrikationszweig und Zahl der Arbeiter anzugeben.

In letzterer finden wir auch 3 prächtige Arbeiten aus der Schlosserei von Paul Marcus, Berlin, nämlich ein Blumengefäß und zwei Ständer zu Blumenbasen, welche als das Schönste in dieser Branche Gebotene bezeichnet werden müssen, während G. Stühr, Hamburg, eine reichornamentirte, zweiflügelige Gartenpforte, sowie ein Gartenportal und Blumenstange zeigt.

Für Kupferstempel sind die Arbeiten der Firma G. Ohry, Berlin, interessant, welche einen kombinierten Brenn- und Desillirapparat für Obst- und Brennweine, einen Wassermessapparat für Fruchtstäfte, Seiles z., sowie einige kleinere Desillir- und Wassermessapparate ausstellt. Die Firma Reichard & Wwe., Hamburg, ist durch eine größere Kollektion verschiedener Waagen, sowie durch Mühlen für Kaffee und Körnermehl vertreten.

Wenn man schon die Ausstellung in ihren Naturerscheinungen eine treue Quelle der Anregung und des Gewinnes für jeden Besucher bietet, so bietet sie nebenbei auch noch Gelegenheiten verschiedener Branchen Gelegenheiten, ihre Kenntnisse zu erweitern und hat auch in dieser Beziehung für die Metallarbeiter noch einen besonderen Werth.

diese erste und einfachste Kenntniss die Agitation nicht betrieben werden kann, ist selbstredend.

Sobald nun die Zahl der Fabriken und die in denselben beschäftigten Arbeiter von einigen Orten bekannt war, wurden gedruckte Fragebogen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse an die Ortsverwaltung zur Information gesandt und sodann bereifte ein Beauftragter der Kommission diese Orte. Es wurde eine Sitzung der Ortsverwaltung einberufen, dazu aus den einzelnen Fabriken von jeder Branche einige Kollegen mit hinzugezogen, und diese beantworteten die Fragen, wie sie der Beauftragte der Kommission stellte.

Nun aber sollen nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort ermittelt werden, sondern es sollen auch alle anderen örtlichen Verhältnisse zur Kenntniss der Agitationskommission kommen, die auf ihre Thätigkeit von Einfluß sind, daher sind die Vertreter der Kommission stets angewiesen, in den Sitzungen auch dieses zu erfahren zu suchen.

Einmal anwesend wurden aber außer dieser Thätigkeit noch Versammlungen abgehalten, entweder öffentliche oder aber Mitgliederversammlungen. Die Skamität des Saalmangels hindert unsere öffentlichen Versammlungen. Aber keine Polizei hat das Recht, uns eine Besprechung am Bierisch zu verbieten, sofern wir keine öffentlichen, sondern nur die Angelegenheiten in der oder jener Werkstätte behandeln.

Diese Thätigkeit der Kommission hat, wie bemerkt, Ende April 1897 erst begonnen. Geplant war sie schon längst, denn dieselben Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bereits früher (allerdings nur hektographirt) ausgegeben worden.

Das Alles änderte sich von dem Tage ab, als der Anschluß der Berliner Lokalorganisation an den D. Met.-Verb. gesichert war. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter überwies der Kommission sofort 500 M aus dem öffentlichen Fonds und stellte auch seine Person, soweit es möglich und erforderlich war, in den Dienst der Provinzialagitation.

(Ende November bis Ende April) geleistet wurde, an Versammlungen abgehalten worden. Dazu kommen alle diese Besprechungen und Instruktionen, sowie Mitgliederversammlungen, von denen ich vorher berichtete. Es muß ferner bemerkt werden, daß zwar bis jetzt noch nicht alle Orte der Provinz bereist werden konnten, aber in aller Kürze die letzten Orte besucht werden sollen. Welche Geldmittel dazu erforderlich waren, das zeigt der Kassenbericht, den ich in der vorigen Nummer der „Metallar.-Ztg.“ gegeben habe.

Der Verkehr mit den Ortsverwaltungen ist ebenfalls entsprechend der erweiterten Thätigkeit gestiegen. Vom 23. März bis 1. Juli liefen ein: 240 Postsendungen, während im selben Zeitraum 554 Sendungen ausgingen.

Ich kann und will heute noch nichts in die Welt posaunen von „großen Erfolgen“. Es muß abgewartet werden, ob diejenigen Kollegen, die uns zugesagt, nun in dem angedeuteten Sinne zu arbeiten, auch wirklich Wort halten, ob sie alle die gegebenen Versprechungen erfüllen.

Nun komme ich zu einem anderen Punkte: Es wurde seiner Zeit von den Kollegen in der Provinz der Wunsch ausgesprochen, daß die Regelung der Agitation in einer Provinzialkonferenz für Brandenburg und Pommern vorgenommen werden solle. Die Mehrheit der Kommission war derselben Meinung. Daher fand ein diesbezüglicher Schriftwechsel mit dem Vorstand statt. Derselbe zeigte die Meinung des Vorstandes, daß aus den Verhandlungen in die Kostenbedeckung nicht erfolgen könne, sondern die einzelnen Ortsverwaltungen die Delegation aus den zu lokalen Zwecken zur Verfügung stehenden 25 Prozent der Mitglieder zu decken hätten. Nun erfolgte unsererseits eine Umfrage an die Ortsverwaltungen in dem Sinne, daß diejenigen, die aus den 25 Prozent die Kosten decken können und wollen, dies der Agitationskommission mitteilen möchten. Eine weitere Aussprache innerhalb der Agitationskommission änderte auch die Meinung derselben in Bezug auf die Konferenz. Die Konferenz konnte nur den Zweck haben, die Verwaltungen zu informieren über die beste Art der Agitation. Diese ist aber in den verschiedenen Zuständen verschieden, und auf der Provinzialkonferenz sind aus jedem Ort nur ein, höchstens 2 Delegirte anwesend. Vereist also ein Beauftragter der Kommission alle Verwaltungen der Provinz, so wird das billiger als eine Konferenz, und es ist die gesammte Ortsverwaltung beisammen zur Berathung. Das haben auch die meisten Ortsverwaltungen eingesehen und haben sich daher für die Provinzialkonferenz nur 11 Verwaltungen erklärt (Rudenwalde, Finsterwalde, Köpenick, Driesen, Stralsund, Grabow, Fürstenwalde, Bredow, Stettin-B., Stettin und Spremberg). Dagegen haben sich 15 Verwaltungen erklärt (Guben, Belschau, Süterbog, Küstrin, Cottbus, Frankfurt a. d. O., Rathenow Allg., Rathenow Einschleifer, Potsdam, Rathenow Brillen- und Pincenezarbeiter, Landsberg, Charlottenburg, Rathenow Eisnarbeiter, Gassen, Brandenburg a. d. S.).

Inzwischen sind jedoch einige Personalereignisse eingetreten. Kollege Kleinjung arbeitet seit Monaten schon nicht mehr mit, Kollege Faber erklärte im Monat März seinen Austritt, Kollege Kurgas im Juni. Es blieben nur noch Kohrlack und Gabron, welcher letzterer in seiner Thätigkeit ebenfalls durch Krankheit stark behindert war. So blieb (wie es früher bereits einmal war) nur noch ich übrig. Die Praxis hat im Uebrigen auch gezeigt, daß 5 Personen ein viel zu schwerfälliger Apparat ist, denn wesentlich werden die Arbeiten stets nur von einer Person geleistet.

Mein und eigenmächtig konnte und wollte ich jedoch nicht weiter handeln, und so fand, da die Provinzialkonferenz abgelehnt war, am 16. Juli in Berlin eine Sitzung der Gesamtdistrictverwaltung und der Branchenvertrauensleute statt, welche sich mit der Regelung der Agitation befaßte. Ich gab den Bericht im Wesentlichen wie er hier gegeben ist. Es wurde nun beschlossen: 1) die Agitation in der Provinz in demselben Maße und womöglich noch energischer zu betreiben. 2) Die Geldmittel dazu zur Hälfte aus dem öffentlichen Fonds der Berliner Metallarbeiter und zur anderen Hälfte aus den der Ortsverwaltung zur Verwendung verfügbaren Geldern zu nehmen. Es sind im letzten Vierteljahr rund 2000 M. verbraucht, so daß also eine Summe von 8000 M. zur Verfügung gestellt wird (4000 M. vom Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter und 4000 M. von der Ortsverwaltung Berlin). 3) Für den Fall, daß diese Summe nicht ausreicht und falls sie reicht, die Agitation noch energischer zu betreiben, sollen Marken à 10 J. zu einem Agitationsfonds zur Ausgabe gelangen. Diese Marken erhalten aber nur diejenigen Ver-

waltungsstellen, welche sie ausdrücklich verlangen.

4) An Stelle der Agitationskommission einen Vertrauensmann einzusetzen für die Provinzen Brandenburg und Pommern, welcher sich ausschließlich mit der Agitation und deren Leitung zu befassen hat. 5) 3 Revisoren zu wählen, welche die Thätigkeit und die Kasse des Vertrauensmannes stets, die Kasse aber mindestens vierteljährlich zu revidiren haben. 6) Der Vertrauensmann hat jedes Vierteljahr Kassen- und Thätigkeitsbericht zu erstatten und zwar in der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin und in der „Metallar.-Ztg.“ 7) Die Regelung der Entschädigung des Vertrauensmannes erfolgt in der Weise, daß derselbe für die Reisetage dieselbe Entschädigung bekommt, die das Statut für Delegirte zur Generalversammlung vorzieht, und für seine Verwaltungs- und sonstige Thätigkeit in Berlin pro Tag M. 5,50.

Zum Vertrauensmann wurde Kollege S. Kohrlack, Berlin N.O. 18, Gr. Frankfurterstraße Nr. 75, gewählt und sind alle Zuschriften und Geldsendungen nur an diesen zu richten.

Zu diesen Beschlüssen habe ich noch das Folgende zu bemerken: Die Einstellung des Vertrauensmannes an Stelle der Kommission ist in der That nur eine Bestätigung eines längst schon bestehenden Zustandes. Es wird die Leitung nur von Dem gesehen können, der die Zustände in der Provinz kennt, und das kann wesentlich wieder nur Der sein, der permanent mit den Ortsverwaltungen zu thun hat, und die Orte alleammt mehrfach besucht hat. Jeder Andere kann sich nur schwer ein Urtheil bilden, also dem Vertrauensmann weder rathen noch denselben unterstützen. Das Einzige, was die früheren anderen Kommissionsmitglieder zu thun hatten, bestand in der Arbeit, die heute den Revisoren zufällt. Im Uebrigen ist eine vollkommen eigenmächtige Handlung schon dadurch ausgeschlossen, daß für den Fall irgend welcher Vernachlässigung die Ortsverwaltung Berlin und der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter die Mittel verweigern würden und müßten.

Alle diese Beschlüsse sind übrigens selbstredend vorbehaltlich der Zustimmung der Ortsverwaltungen gefaßt. Ich bitte also alle Ortsverwaltungen ausdrücklich, falls sie die Beschlüsse nicht anerkennen, sich an die Ortsverwaltung Berlin mit einer Beschwerde zu wenden.

Zu der Regelung der Kosten noch das Folgende: Die Berliner Kollegen haben die Erfahrung gemacht, daß, nachdem der von ihnen im Jahre 1896 geführte Streik und nicht zum Mindesten die starke Organisation an sich, ihnen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebracht haben, die Arbeiter in der Provinz mit ihren zum Theil mehr wie elenden Löhnen eine Konkurrenz bieten, die nichts weniger als wünschenswerth ist. Hand in Hand geht aber damit die Erkenntniß, daß dem Uebelstand nur durch gute Organisationen in der Provinz abzuhelfen ist. Daher jene Bewilligungen von 8000 M. pro Jahr. Damit lösen die Berliner gleichzeitig das in Braunschweig gegebene Versprechen ein.

Nun Kollegen, es gilt jetzt zu arbeiten! So gut wie ohne energische Hilfe seitens des Industriezentrums Berlin eure Interessen nicht so zu wahren sind, wie es nöthig ist, so gut ist meine Thätigkeit gleich Null ohne eure Hilfe! Vorwärts, zum frischen fröhlichen Kampf bis zum endlichen Sieg!

Der Situationsbericht über den Stand der Organisation folgt in einem zweiten Artikel.

Berlin, den 28. Juli 1897. S. Kohrlack.

Gilt das Vereinsgesetz auch für Großindustrielle?

Der sozialdem. Reichstagsabgeordnete Dr. Lütgenau hat gegen die Veranstalter und Teilnehmer der berühmten Scharfmacherversammlung (s. Nr. 29 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“) wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten politischen Versammlung Strafanzeige beim ersten Staatsanwalt in Düsseldorf erstattet. Dr. Lütgenau hat auch einen Bescheid erhalten: „Es ist ermittelt worden, daß am 5. Juli in Düsseldorf zwei Versammlungen der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ stattgefunden haben. Beide Versammlungen waren nicht polizeilich angemeldet. In der ersten Sitzung sind jedoch „zufolge der Tagesordnung und dem offiziellen Berichte über den Verlauf der Sitzung öffentliche Angelegenheiten weder erörtert noch berathen worden“. Nachher haben sich die Vereinsmitglieder zu einem gemeinschaftlichen Diner vereinigt. Hierbei „ist unvorhergesehener Weise das Gespräch auf die Vereinsgesetznovelle gelangt und hierdurch eine Debatte über diesen Gegenstand hervorgerufen worden. Auf Wunsch eines Theilnehmers ist mit Uebereinstimmung der übrigen von dem Inhalte dieser Debatte der Öffentlichkeit Kenntniß gegeben worden. Wenn somit auch eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sind, stattgefunden hat, konnte der Thatsachendruck von Ihnen angegebenen Gesetzesbestimmung doch nicht

als gegeben angesehen werden, weil unter den genannten Voraussetzungen eine Strafbarkeit nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes nur dann eintritt, wenn der Zweck der Versammlung von vornherein auf die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten gerichtet war, was nach dem oben dargelegten Verlauf der Sache zweifellos nicht der Fall ist.“

So der Bescheid des Herrn Ersten Staatsanwalts. Wir können, so schreibt dazu die „Rhein.-Westfal. Arbeiter-Ztg.“, dem Herrn Staatsanwalt aufrichtig versichern: Wenn wir mit ihm anzunehmen vermöchten, daß die Herren Industriellen bei ihren Zusammenkünften lediglich, oder auch nur hauptsächlich, die Befriedigung persönlicher leiblicher Genüsse bezweckten, so würden wir es ganz unterlassen, sie zu bekämpfen. Wir können aber dieser Annahme höchstens so weit beitreten, daß möglicherweise einzelne Teilnehmer die aufgetragenen Berichte besser verdaut haben als die diskutirten Paragraphen der Vereinsgesetznovelle. Allein nach dem Gesetz und nach der Judikatur hilft ihnen das nichts.

Juristisch liegt die Sache so: Der Staatsanwalt hat darin recht, daß er die Anzeigepflicht für die erste Versammlung verneint, weil in derselben öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert worden sind. Denn auch solche Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, brauchen nicht jede ihrer Versammlungen anzumelden, sondern die Anzeigepflicht ist, wie aus § 3 des Vereinsgesetzes hervorgeht, an die auch für andere Versammlungen erforderlichen Voraussetzungen geknüpft und mitgeregelt durch den für Versammlungen überhaupt geltenden § 1; die einzelne Vereinsversammlung ist demgemäß nur dann anzumelden, wenn in derselben öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Allerdings ist der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller verpflichtet, der Polizeibehörde Vereinsstatuten und Mitgliederverzeichnis einzureichen, sowie ihr jede Veränderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, anzuzeigen. Ob er das gethan hat oder thut, wissen wir nicht. Weiter hat der Staatsanwalt auch betreffs der zweiten Versammlung darin recht, daß, um die Anzeigepflicht festzustellen, nicht nur die thatsächlich stattgehabte Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern auch die vorher vorhandene Absicht einer solchen Erörterung nachgewiesen werden muß. In der Prüfung des Vorhandenseins dieser Absicht aber zeigt sich der Irrthum des Staatsanwalts und der Unterschied, wie hier die Industriellen und wie sonst die Arbeiter vereinsrechtlich behandelt werden. Der Bescheid läßt zwei Erwägungen erkennen, aus denen der erforderliche „Zweck“ in Abrede gestellt ist. Erstens sind die Herren zu einem anderen Zwecke, nämlich zu dem des gemeinschaftlichen Dinirens, zusammengekommen. Es bedarf aber keines weiteren Wortes darüber, daß die nämliche Handlung zwei verschiedenen Zwecken dienen kann und daß daher die Absicht des gemeinschaftlichen Dinirens keineswegs das Fehlen der Absicht, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, beweist. Zweitens wird die Erörterung als eine „unvorhergesehene“ bezeichnet. Dieses Wort ist recht unglücklich gewählt. Von wem denn nicht vorhergesehen? Offenbar fehlt es an jeder Person, deren Vorhersehen oder Nichtvorhersehen einer politischen Erörterung für die Beurtheilung der Anmeldepflicht relevant wäre. Es geht also nicht an, dem Begriffe des „Zweckes“ den des Vorhergesehenenseins oder Vorhergesehenwerdenkönnens zu substituiren oder aus demselben auf den Zweck zu schließen. Die Judikatur beurtheilt das Vorhandensein des Zweckes einer Vereinsversammlung nach einem ganz anderen Umstande. Sie schließt ihn aus der Thätigkeit des Vereins und stellt den Rechtsgrundsatz auf: Alles, was ein Verein als solcher thut, gilt als von ihm bezweckt. Erörterungen oder Vorschläge, die ein Redner macht, die aber von der Versammlung zurückgewiesen werden, oder die keinen Akt des Vereines zur Folge haben, gehören natürlich nicht zur Vereinsthätigkeit und beweisen daher nichts für den „Zweck“ der Versammlung. Dieser Rechtsgrundsatz, den der Staatsanwalt ignorirt, auf den aber die Arbeitervereine sorgfältig Rücksicht nehmen, ist ausgesprochen im Kammergerichtsurtheil v. Goldammer, Archiv für Strafrecht XXVII. 321, vergl. die Entscheidung des Obertribunals s. Goldammer, Archiv für Strafrecht XXV. 637. Es ist augenscheinlich, daß der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bezw. seine nordwestliche Gruppe „als solche“ den Beschluß zu Gunsten der Vereinsgesetznovelle gefaßt hat und zwar in nichtangemeldeter Versammlung. Die Herren haben also in demselben Augenblicke, wo sie eine Verminderung des Vereinsrechtes für das Volk verlangten, sich selbst über das bestehende Vereinsgesetz einfach hinweggesetzt.

Auf die erwähnte Judikatur gestützt, hat Lütgenau nunmehr gegen den Bescheid des Staatsanwalts Beschwerde beim Oberstaatsanwalt erhoben. Natürlich treten wir entschieden für die Aufhebung der Bestimmung ein, die der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller unseres Erachtens verlegt hat, aber so lange sie besteht, muß sie für Jedermann gelten. Wenn der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sich über sie hinwegsetzen darf oder sie durch die Kombination einer Berathung mit einem Diner zu nichte machen kann, so sollte man doch den Einklang zwischen der Gesetzesvorschrift und ihrer praktischen Handhabung herstellen durch die Einschaltung eines neuen Paragraphen in das Vereinsgesetz: „Die Vorschriften des Gesetzes haben keine Bedeutung für Großindustrielle bezw. für Nationalliberale und Freikonserbative.“

Wir sind gespannt, ob auch der Oberstaatsanwalt zu dem Ergebnisse kommen wird, die Scharfmacher hätten nur bezweckt, zu diniren.

Die Metallarbeiterbewegung von Halle a. S. und der „Lokal“-kongress.

Wohl mancher organisirte Metallarbeiter hat schon oft den Kopf darüber geschüttelt, daß nicht einmal eine Stunde aus dem Metallarbeiterbezirk von Halle, der Industriestadt für Dampfmaschinen und Dampfmaschinen aller Art und sonstiger metallotechnischer Erzeugnisse im weitestgehenden Sinne des Wortes, in der „Deutschen Metallarb.-Ztg.“ zur Orientirung über die Verhältnisse gegeben wird. Diese Aufklärung soll hiermit gegeben sein.

So entwickelt der Bezirk Halle in industrieller Beziehung ist, so unentwickelt sind diejenigen in organisatorischer Beziehung, welchen die Unternehmer ihren Reichtum und ihr Ansehen verdanken. Gehören doch 25—40 Prozent Bertheil-

umsgewinn alljährlich zur Regel — für die Thätigkeit des Compagnonschneiders: Allerdings die liebste Beschäftigung für Leute, die, wenn die Arbeiter eine kleine Verbesserung verlangen, den Mund nicht weit genug aufsperrn können und in den meisten Fällen mit „Nein“ antworten.

Wenn ich nun meine, die Metallarbeiter, welche die Halle'sche Industrie mit zur Blüthe gebracht haben, stehen der Organisation diametral gegenüber, so ist dies eine unlegbare Thatsache. Zum Theil trägt die Schuld hieran das große Phlegma der Arbeiter und zweitens die Zerfahrenheit untereinander. Es gibt aber auch noch bestimmte Kreise resp. Personen, welche zu einem großen Theil das Maul weit aufsperrn, die aber bei der Aufforderung zur Organisation sich durch allerhand Ausreden herumdrücken wie die Kage um den heißen Brei. Statt dessen arbeiten sie lieber von früh 5 Uhr bis Abends 8 und 10 Uhr und machen auch freudig, da es ihr Chef ihnen gnädig erlaubt, die Woche eine oder zwei Nachtschichten. Und das Alles bei einem Stundenlohn von nicht über 30 s in der Mehrzahl. Allerdings sind die Afforde vorzuerst. Doch was will es heißen, wenn die Arbeiter am Ende der Woche, wenn ihre Glieder kaputt, wenn sie marode und müde, 22—26 s im Durchschnitt nach Hause bringen — bei dieser mörderischen Arbeitszeit? Allerdings soll auch zugestanden werden, daß einige Arbeiter 30 s und mehr pro Woche verdienen. Man bedenke aber die Stundenzahl, da 90—110 Stunden pro Woche nicht zu den Seltenheiten gehören. Auch muß ferner berücksichtigt werden, daß die Leute mit besserem Verdienst meist solche sind, welche schon längere Jahre in einem Betrieb thätig und mit allen Kniffen und Schlägen der Fabrikation vollständig vertraut sind, so daß ein jüngerer Arbeiter nicht so leicht konkurriren kann. Auch kommt das Zweibankbedienungs-system in Betracht.

Nach einer im vorigen Jahre stattgefundenen statistischen Erhebung der Dreher und Schlosser, an welcher sich leider nur 10 Prozent = 250 Mann der Gesamtheit beteiligten, wurde der Beweis erbracht, daß weit über 50 Prozent der Fragebeantworter einen Lohn von nicht über 30 s pro Stunde aufzuweisen hatten. Hätten sich an dieser Statistik alle Personen beteiligt, so wäre ein weit anderes Bild, mit bedeutend niedrigeren Löhnen zum Vorschein gekommen. Man sieht, daß die Halle'schen Arbeiter alle Ursache hätten, sich zu organisieren. Betreffe der Affordsysteme sei noch nachgetragen, daß es sehr oft vorkommt, daß dabei der Lohnsatz im Verdienst nicht erreicht wird, ja es sind Fälle zu verzeichnen, wo kaum 12 s pro Woche verdient wurden. Daraus allerdings, daß die Arbeiter sich zu etwas bieten lassen. Es trifft eben in Halle genau dasselbe zu wie allwärts, daß da, wo der Industrialismus die Höhe erklimmen, sich auch folgegemäß schlechte Arbeitsbedingungen einstellen, wenn die Arbeiter selbst dies nicht zu verhindern suchen. Letzteres kann nur auf dem Wege der Solidarität, der Organisation erreicht werden.

Wie steht es nun mit der Organisation der Metallarbeiter?

Halle ist einer jener Bezirke, wo die Metallarbeiter getrennt nebeneinander marschieren. Die Zentralisation, die Lokalbewegung! lautet der „Schlachtruf“ und die Folge ist, daß beide krankt. Die meisten Halle'schen Metallarbeiter neigen der Lokalbewegung zu, so daß am Orte mehr Lokalfirten als Zentralfirten zu verzeichnen sind. In erster Reihe marschieren die Schlosser und Dreher mit weit über 200 zahlenden Mitgliedern, dann die Klammer und Kesselschmiede und Hauschlosser (Schlossergesellschaft). Letztere sind aber für die Arbeiterbewegung völlig belanglos, da ihre größte Thätigkeit in der Abhaltung von Bergungungen aller Art besteht. Die Bewegung der Kesselschmiede und Klammer ist verhältnismäßig gegenüber der der Schlosser und Dreher, jedoch letztere also für die ganze Bewegung wesentlich in Betracht kommt. Daher will ich auch auf diese Bewegung kurz eingehen.

Der Verein der Schlosser und Dreher wurde im Jahre 1887 gegründet, so daß in diesem Jahre sein 19jähriges Bestehen zu verzeichnen ist. Bis zum Jahre 1891, bis zu dem Tage, wo der Uebertritt laut Beschluß des kurz vorher stattgefundenen Metallarbeiterkongresses zum Metallarbeiter-Bund erfolgte, war es den thätigen Kollegen gelungen, unterhält durch die ständige Geschäfts-Konferenz des Jahres 1890, die Mitgliederzahl auf 700 zahlende und zu 1000 eingeschriebene zu bringen. Doch diese Situation änderte sich mit einem Schlage. Nachdem der Uebertritt 1891 erfolgte, resp. zum Beschluß erhoben wurde, verließen die Arbeiter die Fahne der Organisation und machten nur noch Fäuste in der Tasche gegen das Kapital und ihre Feinde.

Wohl zu 200 Mann traten der Zentralisation bei. Doch nur auf kurze Dauer. Die 200 Mann schmolzen bis auf ein ganz kleines Häuflein zusammen. Von verschiedenen Seiten wird nun allerdings behauptet, daß die Zentralisation schuld daran sei. Ich muß aber sagen, daß eine solche Meinung der pure Unsinn ist. Die Schuld an dem Zerfall tragen alle damals thätigen Genossen, welche die Zeitung in der Hand hatten, aus Borringemommenheit aber die Sache im Stich ließen.

Nachdem sich die Sache so zuspitzte, erklärten einige der früheren Führer ihren Austritt aus dem Verband und eröffneten im Jahre 1892 wieder den Verein der Schlosser und Dreher, um eine Organisation der Massen herbeizuführen. Daß von nun an eine gegenseitige Feindschaft unauflöslich war, ist wohl Jedermann klar. Bis Ende des Jahres 1895 hing der Verein auf 60 Mitglieder, 1896 auf 120 und jetzt nach Verlauf von 1/2 Jahr seit der letzten Berechnung, sind es schon weit über 200 Mitglieder, welche mit wenig Ausnahmen zahlende sind. Die Mitglieder stehen mit einzelnen Ausnahmen im Alter von über 20 Jahren.

Innerhalb des Vereins haben schon die bestigsten Debatten, um einen Uebertritt zum Verband zu erzielen, stattgefunden. Die Stellungnahme des Vereins zur Zentralisation ist zur Zeit folgende:

Erst des stattgefundenen Kongresses Lokalorganisierter Vereine, welcher vom 16.—18. Mai in Halle tagte, sind die Mitglieder nicht abgewartet, dem Verbands beizutreten, wenn seitens der Zentralisation wünschenswerte Bewegungsfreiheit zugesprochen wird. Geschieht dies, so kann der Verband selber sein, päbische Mitglieder zu erhalten, da der Verein in neuerer Zeit die Mitglieder in jeder Beziehung mit dem Wesen der Zentralisation vertraut macht. Die Mitglieder verlangen beim Uebertritt zur Zentralisation weiter nichts als das Aufgehören der ungeschickten Bewegungsfreiheit

und Selbstbestimmung. Ueber das Wie und Was, darüber muß man sich eben einigen. Es wird also gut sein, dieser Frage beiderseits näher zu treten. Im Allgemeinen ist auch die Bewegung der Lokalorganisierter der Zentralisation entgegengekommen: Es wird auf das Abonnement der „M.-A.-Ztg.“ sowie auf die Streiks u. s. w. aufmerksam gemacht. Ein Beschluß behufs Unterstützung reisender Kollegen des Verbandes wurde herbeigeführt, im Falle solche sich an den Verband während der Versammlung wenden sollten, was hin und wieder vorkommt. In neuerer Zeit haben die Schlosser und Dreher auch die Frage angeregt, eine Kommission von 5 Mann behufs einheitlicher Agitation einzusetzen, bestehend aus Zentralisirten und Lokalorganisierter, welche Kommission in letzter Zeit auch gewählt wurde. Man sieht, daß die Schlosser und Dreher zur Verständigung die Hand reichen, erfasse und würdige man selbige, dann wird eine vollständige Einigung unauflöslich sein. Die Kommission wurde eingesetzt nachdem der Lokalkongress vorüber war. Hieraus folgt, daß der Kongress keine bestimmte Einwirkung gehabt hat. Ich will hiermit aber auch offen erklären, daß sich die Schlosser und Dreher von Halle durchaus nicht in's Schlepptau der Berliner Bauhandwerker nehmen lassen, und zwar schon deshalb nicht, weil die Bauhandwerker keineswegs die Eigenschaften der Fabrikarbeiter der Metallindustrie zu kennen in der Lage sind. Ueber Fragen der Metallindustrie vermögen nur Metallarbeiter zu bestimmen und daher werden die Lokalorganisierter Schlosser und Dreher von Halle a. S. Schulter an Schulter mit den Zentralisirten weiterkämpfen, wenn auch getrennt. Auf den Lokalkongress näher eingehen will ich nicht, da die Schlosser und Dreher mit der Thätigkeit desjenigen im Allgemeinen nicht einverstanden sind. Daß der jahrelang verhaltene Grimm gegen die Zentralisation auf dem Kongress zum Ausbruch kam, ist nur zu erklärlich und daher wohl zu entschuldigen.

Hiermit will ich schließen in der Hoffnung, daß eine Einigung zum Besten der Bewegung erzielt wird. Diese Aufgabe in ruhiger sachlicher Weise zu lösen, muß in erster Linie die Thätigkeit der gewählten Kommission mit Hinzuziehung leitender Personen der beiden Organisationen sein.

Die Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.

Die Londoner Unternehmervereinigung hielt am 27. Juli eine Sitzung ab. Den Verhandlungen derselben ist zu entnehmen, daß die Unternehmer mit der Haltung ihres Komitees einverstanden und von dem bisherigen Verlaufe des Kampfes „befriedigt“ sind.

Das Achtstundekomitee der Arbeiter hat bei dem Chef der englischen Admiralität angefragt, ob die Admiralität beabsichtige, durch ihre Angestellten die Schiffbau-Unternehmer zu unterstützen. Mr. Goschen antwortete, daß die Admiralität sich während der Dauer des Konflikts der striktesten Neutralität bestreibe, welche nach beiden Seiten.

Am Schlusse eines längeren Artikels von Ed. Bernstein in der letzten Nummer der „Soz. Praxis“ werden die Aussichten des Kampfes wie folgt dargestellt:

„Im Ganzen gesehen die Aussichten den Arbeitern günstig. Der Geschäftsgang ist gut, die meisten Firmen haben viel zu thun und werden nicht große Reizung haben, einen Monat lang dauernden Kampf zu führen. Auf Monate hinaus und länger sind aber die beteiligten Gewerksvereine gerüstet. Der Maschinenbauerverein mit seinen 92,000 Mitgliedern und einem Vermögen von 350,000 Pfund kann 18,000 Mitgliedern, wenn es sein muß, bis Ende des Jahres ihre Unterstützung zahlen, ohne sich ernsthaft wehe zu thun. Er hat schon jetzt eine Extraener von 6 Pence pro Woche ausgeschrieben, um seine Finanzen möglichst intakt zu erhalten.“

Auf zwei Dinge kommt es jetzt hauptsächlich an: erstens wie sich diejenigen Unternehmer verhalten, die geändert haben, und zweitens ob der große Bund der Maschinenbauer wirklich bis zum Herbst bei seiner abwartenden Haltung verharret. Er hat zum 23. Juli nach York eine außerordentliche Konferenz einberufen, auf der die Frage entschieden werden wird. Schließt er sich an, was die Uebertragung der Achtstundebewegung von London, auf das sie bis jetzt noch nominell beschränkt ist, auf das ganze vereinigten Königreich bedeuten würde, so ist schwer abzusehen, wie die verbündeten Unternehmer ihren Widerstand werden aufrecht erhalten können. Sie bekommen es dann mit 250,000 organisierten Arbeitern zu thun, einer Armee, wie sie in gleicher Größe und Qualität noch in keinem gewerblichen Kampfe aufgebracht wurde.“

Dem „Dorwärts“ wird u. A. geschrieben: „Die in meinem letzten Brief angekündigte Konferenz des Bundes der Gewerkschaften der Maschinen- und Schiffbau-Industrie hat (am 23. Juli in York) stattgefunden und sich zwar für Annahme der Agitation behufs Verkürzung der Arbeitszeit entschieden, aber zugleich beschlossen, vorerst den Weg der Verhandlung mit den Prinzipalen zu betreten. Da dieser Weg mit ziemlichem Aufwand von Zeit verknüpft ist, kann der Beschluß im günstigsten Fall den schon im Kampf stehenden Organisationen erst zu Gute kommen, wenn ihre Mittel schon ziemlich erschöpft sind. Praktisch bedeutet der Beschluß zunächst eine Desabonierung dieser Gewerkschaften, insbesondere des bisher dem Bund ferngebliebenen Gewerksvereins der Vereinigten Maschinenbauer. Ob Verbands über dessen frühere Haltung dem Bund gegenüber ihn herbeigeführt, läßt sich nicht behaupten, daß solche Nachempfindungen mitgewirkt haben, ist leider sehr wahrscheinlich. Auch politische Rücksichten mögen dabei mitgespielt haben. Aber welches auch die Beweggründe, die Thatsache ist da, daß die organisierten Arbeiter den verbündeten Unternehmern eine gedroffene Front gegenüberstellen. Das gleicht die Defectionen aus, die aus dem Lager der Letzteren geschah werden, und die man sich nicht überreiben darf. Ich glaube, ich werde nicht mißverstanden werden, wenn ich vor Ueberstätzung der bisher erzielten Erfolge warne. Nun, der Kampf ist bei weitem noch nicht gewonnen, er kann nur, wenn nicht ein Kompromiß zu Stande kommt, an dem von verschiedenen Seiten gearbeitet wird, lange hinziehen und große Opfer brauchen. In diesem Falle würde auch materielle Unterstützung von Seiten der deutschen Kollegen erwünscht und

von großem Nutzen sein. Jeder solcher Beitrag würde aber schon jetzt als Ermunterung hochgeschätzt werden.“

Der Verband der englischen Maschinen-Fabrikanten hat von Manchester aus einen Aufruf an diejenigen Firmen erlassen, die sich ihm bisher in seinem Kampfe gegen den achtstündigen Arbeitstag noch nicht angeschlossen haben, um „die Schwankenden zu stärken“ und „die Gleichgültigen an ihre Interesse zu mahnen“. Der Verband legt in dem Manifest dar, was der achtstündige Arbeitstag eigentlich für den Arbeitgeber bedeute. „Siegen die Arbeiter, so werden sie bald noch ganz andere Forderungen an die Fabrikanten stellen. Es ist keine Einigung mit den Führern der Arbeiter zu erzielen. Andererseits droht keine Gefahr, wenn den Kampf nicht lange anhalten, wenn nicht eine große Anzahl seiner Mitglieder noch in Arbeit ist und die nötigen Gelder aufbringt. Die nicht zum Verbands gehörigen Fabrikanten sollten doch ihre Eifersüchteleien aufgeben in dem wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit und schließlich des einzelnen.“

Die Londoner Feinmechaniker sind durch die Achtstundebewegung der Maschinenbauer ebenfalls in den Lockout hineingezogen. Verschiedene Mitglieder der „Scientific Instrument Makers Trade Society“ arbeiten mit Mitgliedern der Maschinenbauer-Gewerkschaft in denselben Werkstätten. Als die Maschinenbauer den Achtstundentag forderten, erhielten die Mechaniker von ihrer Organisation die Anweisung, in allen Fällen mit den Maschinenbauern zusammenzugehen. Auch ernannten die Mechaniker zwei Delegierte zum Achtstundekomitee. Gebr. Siemens, Gebr. Elliot und verschiedene andere Firmen, welche dem Unternehmerverband angehören und mehr Mechaniker als Maschinenbauer beschäftigen, beschlossen nimmehr, auch die Mechaniker auszusperren. 25 Prozent erhielten die Kündigung, worauf im Auftrage der Organisation auch die übrigen 75 Prozent ihre Kündigung einreichten. Bei Gebr. Siemens sind sämtliche Mechaniker ausständig, die Nichtunionisten einbezogen. In allen Fällen gehen die unorganisierten mit den organisierten Mechanikern Hand in Hand. Die Organisation zählt in London gegenwärtig ungefähr 800 Mitglieder, welche außer dem gewöhnlichen Wochenbeitrag 1 Schilling pro Woche in die Streikkasse zu zahlen haben. Ausgesperrte Mitglieder, die über 12 Monate der Organisation angehören, erhalten pro Woche 24 Schilling; Mitglieder, welche kürzere Zeit organisiert sind, erhalten 17 Schilling und Nichtmitglieder 5 Schilling pro Woche. In der am 21. Juli abgehaltenen Generalversammlung des Mechanikerverbandes wurde beschlossen, den Minimallohn von 8 Pence auf 8 1/2 Pence pro Stunde zu erhöhen. Die Stundenfrage wurde bis zur Erledigung des Lockout vertagt, obwohl zweifellos auch die Mechaniker den Achtstundentag fordern werden, denn „zehn Jahre Agitation für den Achtstundentag können nicht so viel bewerkstelligen, als die Handlungsweise der Unternehmer in diesem Falle.“

In Leeds beschäftigt ein Fabrikant über tausend Arbeiter, von denen nur zweihundert der Organisation angehören. Als diese 200 Mann am 24. Juli die Fabrik verließen, erklärten die übrigen Arbeiter, ebenfalls die Arbeit niederlegen zu wollen, was auch am 26. Juli geschah. In Folge dessen ist die Zahl der Streiker in Leeds auf 7000 gestiegen. Die Arbeiter sind des Sieges gewiß und glauben, daß in einigen Wochen der Streik beigelegt wird.

Nach der „Zeff. Ztg.“ beteiligten sich in Nottingham am zwanzigsten meist der Fahrrad-Industrie angehörige Firmen an dem Ausschluß. Durch diesen Ausschluß sind den damit verbundenen Streik kommen jedoch nur etwa 300 Arbeiter außer Arbeit. Der Sekretär der Maschinenbauer meint, der Preissturz der Fahrräder sei der Grund hierfür.

Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hat durch Annahme einer Resolution den für die Erringung des Achtstundentages kämpfenden Gewerkschaften seine Sympathie ausgesprochen und alle Arbeiterorganisationen zu thätkräftiger finanzieller Unterstützung aufgefordert.

Zur Aussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 30. Juli 1897.

Werthe Kollegen!

Seit meiner letzten Mittheilung haben keine wesentlichen Aenderungen in der Situation stattgefunden. Die Anzahl von Schmieben, Maschinenbauern, Formern, Modelstechern und Arbeitsmännern, die ausgesperrt sind, ist unverändert, nämlich ca. 6000. Und hiezu kommen nach und nach verschiedene Mitglieder anderer Branchen, die bei der Arbeitslosigkeit in unserem Fache arbeitslos werden. Dadurch wird die Fähigkeit der übrigen Fachvereine, uns genügend zu unterstützen, selbstverständlich verringert. Der erste Bürgermeister Kopenhagens und der Präsident der Kreis- und Handelsgerichte in Kopenhagen, sowie auch ein einflussreiches Mitglied der Kommunalverwaltung Kopenhagens haben sich angeboten, als Schiedsrichter in dem bestehenden Streite fungieren zu wollen. Ob die Fabrikanten dieses Anerbietens annehmen wollen, ist bis jetzt ungewiß. Wahrscheinlich wollen sie nicht. Sie wünschen, daß die Arbeitslosigkeit so lange wie möglich dauern soll, indem sie hoffen, uns völlig zu zerquetschen. Wir — die Arbeiter — haben das schiedsrichterliche Verfahren akzeptirt, indem wir glauben, daß die Schiedsrichter auf unserer Seite stehen wollen, gleichzeitig auch die öffentliche Meinung uns zuzugt, das schiedsrichterliche Verfahren anzunehmen. Die Fabrikanten stellen so viele Schwierigkeiten als möglich auf, um zu verhindern, daß ein schiedsrichterliches Verfahren zu Stande kommen soll. So bald etwas Neues vorliegt, soll es unseren ausländischen Freunden gleich mitgetheilt werden. Bis dahin ersuchen wir, uns nach Vermögen zu unterstützen und von Mittheilungen, die in der kapitalistischen Presse auftauchen, keine Notiz zu nehmen.

Der Wuth und die Einigkeit unserer Mitglieder ist vorzüglich.

Unseren besten Dank für die uns bisher geleisteten Unterstützungen. Es lebe die internationale brüderliche Freundschaft der Arbeiter.

Mit solidarischen Gruß

H. P. Hansen,

Vorsitzender des dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen diejenigen Verwaltungen, die während der Aussperrung in Dänemark Mitglieder des „Dansk Smede- og Maskinarbejder Forbund“ in den Deutschen Metallarbeiter-Verband haben überreten lassen, umgehend diese Bücher nach hier einzusenden, damit wir sie mit der Leitung des obigen dänischen Verbandes auswechseln können.

Es wird von verschiedenen Verwaltungen insofern noch gegen das Statut verstoßen, daß Mitglieder, welche ihren letzten Arbeitsort verlassen haben, ohne sich abzumelden, ohne Weiteres angenommen werden. Dies ist nach § 9 Abs. 4 unzulässig und jedes sich meldende, bei der letzten Verwaltung nicht abgemeldete Mitglied zu veranlassen, umgehend seine Abmeldung zu vollziehen.

Folgendes Mitgliedebuch ist ungültig und aufzuheben:
Nr. 113316 des Schlossers Paul Kathel, geb. zu Walmitz am 7. April 1877.

Ausgeschlossen wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts der Schlosser Karl Payer, geb. zu Würzburg am 12. Febr. 1880, B. Nr. 137 978, wegen Betrugs.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Abrechnung der Hauptkasse pro Monat Juni ist übersehen worden, 100 M für Belbert zu quittieren, was hierdurch geschieht. Einnahme und Kassenbestand bleiben jedoch unverändert.

Korrespondenzen.

Formen.

Mürnberg. Die Firma J. G. Braun, Duerstr. dahier, sucht gegenwärtig „jedezeit“ Formen. Die Kollegen werden ersucht, ehe sie bei obiger Firma Arbeit nehmen, sich erst zu vergewissern, ob sie auch dauernde und lohnende Arbeit erhalten und nicht gleich von ihrem alten Platz weg zu laufen. Früher war es in dieser Gegend noch ruhig und gut, seit aber der jetzige Meister dort ist (Blumlein), ist es der größte Taubenschlag Mürnberg's. Vorige Woche haben vier Formen aufgehört, vier wieder angefangen, darunter ein verheirateter; Samstag darauf wurde letzterer und ein lediger wieder entlassen, der Dritte ist selbst wieder gegangen. Dieselben erhielten einen hervorragenden Lohn, der Verheiratete 2 M 80 A, die Anderen 2 M 60—70 A; dafür müssen sich aber die Formen dort von dem Meister noch titulieren lassen wie folgt: „Syr seid ja die reinsten Maurerhandlanger“, oder wie derselbe einen jungen Kollegen nannte: „Hausbau“. Die alten Kollegen in Mürnberg kennen diesen Meister schon zur Genüge von früher her. Nächstens werden wir uns einmal mit den inneren Verhältnissen des Geschäfts und dem Meister hauptsächlich beschäftigen.

Selbstgießer und Gürtler.

Hamburg. Sektion der Selbstgießer u. Mitglieder-versammlung am 21. Juli. Der Delegierte erstattete den Bericht vom Kartell. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von Mk. 224,63, eine Ausgabe von Mk. 72,93. Bei „Vergütungsangelegenheit“ berichtet Schulz, daß Frau Lütze und ihre beiden kleinen Söhne zur Verfügung gestellt hat. Da den meisten Kindern die Söhne nicht als geeignet erschienen, wurde eine 3gliedrige Kommission gewählt, die sich nach einem andern Lokal umsehen soll. Die Karten zu unserem Sommervergügen können in der nächsten Versammlung entnommen werden. Da der Antrag, daß, wenn bei eventuellen Arbeitsangebot kein Arbeitssuchender in unserem Arbeitsnachweis angeschrieben steht, eine Annonce im „Hamburger Echo“ zu erlassen sei, von den Kontrollen abgelehnt worden, wurde die Angelegenheit dem Vorstand überwiesen, um sie in der gemeinschaftlichen Vorstandssitzung zur Berathung zu stellen.

Klempner.

Hamburg. Sektion der Klempner u. v. S. Mitglieder-versammlung am 21. Juli. Wegen Nichterscheinen des Referenten konnte der 1. Punkt nicht erledigt werden. Die hierauf vom Hauptkassier verlesene Abrechnung vom 2. Quartal ergibt: für die Verbandskasse eine Einnahme von Mk. 873,10, eine Ausgabe von Mk. 605,25; für die Ortskasse eine Einnahme von Mk. 883,35, eine Ausgabe von Mk. 374,30, somit einen Kassenbestand von Mk. 509,05. Davon wurden Mk. 450 dem Kartell zur Schuldentilgung überwiesen. Die Abrechnung über die Gelder zum Hafnarbeiterstreik ergibt folgendes: Einnahmen auf Listen Mk. 1029,80, Einnahmen durch Extramarken Mk. 3100,00, aus der Ortskasse Mk. 300,00. Summa Mk. 4420,80, welche zur Unterstüzung des Streiks abgeliefert wurden. Zur Deckung der Schulden vom Hafnarbeiterstreik sind bis jetzt Mk. 1650 eingegangen, während noch Mk. 1350 zu zahlen sind. Ueber diese Sache entspinnt sich eine längere Debatte und wird die Verwaltung hierzu beauftragt, ein Eingangsamt im „Echo“ zu erlassen und mit den Werkstellen-delegierten in Verbindung zu treten. Weiter erstattete Kollege B. den Bericht von der letzten Kartellsitzung. Vom 2. Bevollmächtigten wird ferner auf die Aussperrung der dänischen Metallarbeiter hingewiesen und ersucht, dieselben in jeder Hinsicht zu unterstützen. Zu einer Anfrage des Kollegen W. betreffs Aufnahme der Dach- und Schieferdeckergehilfen in unsere Sektion, da sich deren Organisation hier am Ort aufgestellt hat, wird nach längerer Debatte beschlossen, dieselben in

unsere Sektion aufzunehmen und den Haupt-Vorstand davon in Kenntnis zu setzen. Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung wird unsere Zeitungsbeilage zu setzen beschlossen.

Hannover. Eine öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure, die von annähernd 200 Personen besucht war, fand am 18. Juli unter dem Vorsitz des Kollegen Böhle statt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt ein Vortrag des Genossen Paul über: „Die Bedeutung des Minimallohnes und des Maximalarbeitstages zur Hebung der Lage in der Metallindustrie.“ Genosse Paul, der in leicht verständlicher und klarer Weise die Notwendigkeit eines Minimallohnes und einer geregelten Arbeitszeit den Anwesenden vor Augen führte, erntete lebhaften Beifall. Nach dem Vortrage ward als 2. Punkt die aufgenommene Statistik über die hievorts bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom Kollegen Beinkampen verlesen. Aus der Statistik geht hervor, daß die Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind. Es werden vielfach Löhne in Höhe von 15—16 Mk. gezahlt. Auch über die Behandlung ist mehrfach stark geklagt worden. Das Fehlen von Sicherheitsgurten und Schutzvorrichtungen an den Maschinen wird aus einer ganzen Anzahl von Betrieben gemeldet. Die gefährliche Aufbewahrung von Säure in Bierflaschen ohne jede Kennzeichnung, die mangelhafte Reinigung der Werkstätten, Fenster und Aborte, sowie die Beschaffenheit der letzteren überhaupt und das häufige Fehlen von Heizungs- und Ventilationsanlagen wurde gleichfalls stark moniert. In der dann folgenden Diskussion wurde insbesondere auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen und betont, daß nur eine fest gegliederte Kollegenchaft, die sich über die Verhältnisse klar sei, mit Erfolg eine Besserung herbeiführen könne. Es ließen sich auch sofort 21 Kollegen in den Metallarbeiter-Verband aufnehmen.

Hiel. Die Sektion der Klempner hielt am 27. Juli ihre monatliche Mitglieder-versammlung ab, in welcher zunächst die Fragebogen behufs Aufnahme einer Lohnstatistik verabschiedet wurden. Hierauf wurde über den Antrag auf Einführung eines Lokalfonds berathen. Nach eingehender Diskussion, in welcher besonders auf andere Gewerkschaften hingewiesen und die Vorteile einer gefüllten Kasse gegenüber dem Sammelbogenwesen betont wurden, wurde beschlossen, einen Lokalfonds einzuführen. Derselbe wurde auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt und soll derselbe vom 1. August d. J. an erhoben werden. Ein weiterer Antrag auf Anstellung von Beitragssammlern, welcher mit den günstigen Erfahrungen in anderen Zahlstellen begründet wurde, gelangte nach lebhafter Debatte gleichfalls zur Annahme. Es wurden hierzu 2 Kollegen gewählt, welche die Beiträge wöchentlich einzukassieren haben. Die Höhe der Entschädigung für dieselben festzusetzen bleibt der Ortsverwaltung überlassen.

Metall-Arbeiter.

Altona. In der Mitglieder-versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 19. Juli verlas zunächst der Kassier die Abrechnung vom 2. Quartal. (Aus den vom Berichterstatter hierüber mitgetheilten Ziffern können wir nicht klug werden. Red.) Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Die Zahl der Mitglieder war am Schluß des 1. Quartals 722, im 2. Quartal sind eingetreten 97, zugereist 29, Summa 848. Abgereist sind 67, Bestand am Schluß des 2. Quartals 781. Dann wurde zur Abstimmung über Gründung der Lokalkasse geschritten. Es waren 414 Fragekarten mit „Ja“, 47 mit „Nein“ beantwortet. Die Lokalkasse tritt somit vom 1. August ab in Kraft. Der monatliche Beitrag beträgt 10 Pf. Zum Schluß hielt Herr Bären einen Vortrag über „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und was bietet uns der Metallarbeiter-Verband?“ Im „Verschiedenen“ wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Marken vom Mohr'schen Streik und die Hafnarbeitermarken, so weit sie die Betroffenen noch nicht haben, abzuzeichnen.

Frankfurt a. M. Allen organisierten Kollegen wollen wir hierdurch mittheilen, daß die Firma „Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. Lahmeyer u. Co.“ von Süddeutschland, besonders von Mürnberg aus, Dreher und Maschinenbauer sucht. Die Gründe dafür sind sehr einfache. Da ist ein neuer Drehmeister eingestellt worden mit Namen Kerpelein, welcher von Mürnberg ist und dort auch wohl zur Genüge bekannt sein wird. Diesem Herrn sind die hier gezahlten Löhne, in Höhe von 30—34 A pro Stunde, zu hoch, und werden nun auf dessen Veranlassung Leute, die mit 26—28 A pro Stunde zufrieden sind, gesucht. Wer nun die Verhältnisse in Frankfurt kennt, muß unbedingt zugeben, daß es unumgänglich ist, mit einem solchen Stundenlohn als ehrlicher Mensch durchzukommen, und können wir durchaus nicht begreifen, wie dieser Herr nur so etwas unternehmen kann, da er es doch am eigenen Leibe spüren muß, daß Frankfurt eine theuere Stadt ist. Außerdem können wir noch mit bestem Gewissen bemerken, daß die Verhältnisse in genanntem Werke nicht die besten sind, sondern noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Es würden, wenn diesem Herrn seine Manipulationen gelingen sollten, die hiesigen Kollegen einfach auf's Pflaster geworfen werden, da doch keineswegs zu hoffen ist, daß den hiesigen Arbeitern die alten Löhne erhalten bleiben. Genannte Gesellschaft arbeitet mit einem Riesengewinn, und da soll jetzt noch an Arbeiterlöhnen zu Gunsten der Herren Aktionäre immer mehr und mehr abgezwickelt werden! Falls dieses noch nicht genügen sollte, sind wir jederzeit gerne bereit, noch weiteres Material den Kollegen zur Verfügung zu stellen. nz.

Göhrsel. Die reisenden Kollegen werden ganz besonders auf das hiesige „Sport-Fahrrad-Werk“ aufmerksam gemacht. Der Werkmeister daselbst möchte Fahrräder bauen ohne Werkzeug, wenn sich's die Arbeiter mitbringen, ist's recht. Feilen ausgeben oder untauglich gibt's selten; kommt ein Arbeiter zu ihm, so heißt's: „Ich habe keine“ — „Ich habe keine Zeit“ — „Sie brauchen keine“. Die Arbeiter in der Fabrik sind aber selbst schuld daran. Geht es trotz des mangelhaften Werkzeuges dennoch, daß einmal ein Arbeiter etwas verbiegt, so wird gleich abgezogen. Will sich das der Arbeiter nicht gefallen lassen, kann er gehen. So geht's jedem Fremden. Mit den 17—18jährigen von hier und aus der Umgegend und den angelegerten Holzdrehern, Schuftern, Mauernern usw. kann der Herr machen was er will, die lassen sich Alles bieten, sind auch nicht organisiert. Das ist's was der Herr Werkmeister will. — Aehnliche

Mißstände herrschen aber auch in anderen Werken und diese können nur durch festen Zusammenhalt und stramme Organisation gebannt werden. Am Bierische schimpfen und dann am anderen Tage den Hut unter den Arm nehmen und einen tiefen Diener machen, damit kann man solche Mißstände nicht beseitigen. Darum, Kollegen, überlegt Eure Lage, schließt Euch fest zusammen.

Sommerfeld-Gassen. Um sein Dasein zu beweisen, hatte der Gewerbeverein der Maschinenbauer zu Sonntag, den 25. Juli, Nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter nach dem Schützenhaus einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Die deutschen Gewerbevereine und ihre Bedeutung für die Arbeiter.“ Der Referent hat zu diesem Punkt möglichst wenig gesagt, desto mehr aber auf den Metallarbeiter-Verband geschimpft. Der Herr Kollege Berlin allerdings keine Meinung, daß sich unser Kollege Vitfin in der Versammlung befand. In der Diskussion beleuchtete Vitfin die Unterschiede, welche zwischen den Gewerbevereinen und der modernen Arbeiterbewegung bestehen. Die 1/4stündigen trefflichen Ausführungen unseres Kollegen fanden bei den Versammelten aufmerksames Gehör. Nach einer Entgegnung des Referenten meldete sich nochmals Vitfin zum Wort. Nun erklärte der Vorsitzende, daß ein Antrag auf Schluß der Versammlung eingegangen sei. Nachdem vielleicht der vierte Theil der Anwesenden die Hände für diesen Antrag erhoben, erklärte der Vorsitzende, ohne die Gegenprobe zu machen, den Antrag für angenommen. Zur Geschäftsordnung ließ ihm Vitfin noch eine Belehrung über die Leitung von Versammlungen zu Theil werden. Wir sind mit dem Verlauf der Versammlung sehr zufrieden, die Worte unseres Kollegen Vitfin haben hier guten Eindruck hinterlassen, unsere Organisation wird auch davon der Vortheil genießen. Wir wünschen, der Gewerbeverein möge nur recht bald wieder eine Versammlung einberufen, umso mehr, da uns das Schützenhaus sowie andere Lokale nicht zur Verfügung stehen.

Zuhl i. Ch. Die hiesige Firma Simjon u. Co. sucht in auswärtigen Zeitungen Arbeiter auf Fahrradbau und stellt 3—4 M und auch noch mehr Lohn in Aussicht. Wenn die Firma 3—4 M Lohn pro Tag bezahlen wollte, dann könnte sie hier und in der Umgegend genug Arbeiter bekommen. Also lasse sich Niemand durch Annoncen irre führen, um schließlich schlechte Erfahrungen zu machen und einsehen zu müssen, daß die Thüringerwaldgegend nicht viel besser ist, als die Industriezentren Oberschlesiens.

Schweinfurt. In der deutschen Gußstahlfabrik (vormals Fries u. Höpflinger) ist am 31. Juli ein Streik ausgebrochen, an dem sämtliche Arbeiter (ca. 700) theilhaftig sind. Die Ursache ist ein kürzlich engagierter Ingenieur Namens Mühsam.

Feilenhauer.

Melchhappell. Der Streik der Feilenarbeiter bei Melchhose dauert fort. Die Firma hat jetzt auch eine schwarze Liste, auf der 15 Mann verzeichnet sind, herausgegeben. — Wie man Arbeiter anwirbt, zeigt ein Fall, der uns aus Prag mitgetheilt wird: „Herr Melchhose bestellte mich in ein Hotel, bezahlte mir für einen halben Arbeitstag zwei Gulden und dann ging es in die schönsten Gasthäuser. Da gab es Pilsener Bier im Ueberfluß, zuletzt wollte er noch in Kaffee-Häuden gehen. Ich dachte aber, wenn Du so viel Geld hast — immer zu! Und so sind wir Abends in mehrere Cafés gegangen, was da geschah ist, kann ich Euch gar nicht schreiben. Dieser halbe Tag hat Herrn Melchhose wenigstens 20 Gulden gekostet.“ — Hieraus ersieht man, wie der Unternehmer mit dem Geld herum wirft; wenn aber die Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangen, dann ist das eine — Unverschämtheit. Kollegen, haltet den Zuzug streng fern und weist die Arbeit zurück, die die Firma nach auswärts schickt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(G. S. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Der Vorstand unserer neuen Abwesenheitskassen (August 1897), sowie Anhang zur Instruktion für die örtlichen Verwaltungen ist beendet. Sollte eine Verwaltung dieselben nicht bekommen haben, so ersuchen wir, sofort bei uns zu reklamieren.

Der Anhang zur Instruktion ist mit der genehmigten Karte in die Instruktion einzufügen, jedem Ortsbeamten ist ein Exemplar auszuhändigen und genau zu beachten.

Jeder Zusendung an die Hauptverwaltung ist Name und Adresse sowie der Filialstempel deutlich beizufügen.

Auf den zweimonatlichen Abrechnungen ist der statistische Theil, vorhandener Markenbestand und Mitgliederzahl betr., genau auszufüllen.

Personen, die folgenden Berufen angehören, werden nicht aufgenommen: Maurer, Steinarbeiter, Bergleute, Dachdecker, in chemischen Fabriken beschäftigte Personen, Brauer, Brenner, Gerber und Färber.

Hamburg, im August 1897.

Der Vorstand.

An die auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes gewählten Arbeitervertreter im Deutschen Reich.

Werthe Kollegen!

Zur Vermeidung von Stimmenzersplitterung bei der jetzt von uns zu vollziehenden Wahl von zwei nichtständigen Mitgliedern und 30 Stellvertretern derselben zum Reichs-Versicherungsamte, und um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kandidaten über das ganze Reich herbeizuführen, hat im Einverständnis mit Süddeutschland der Berliner Arbeitervertreter-Verein — wie schon bei den letzten Wahlen im Jahre 1893 — es übernommen, nach den Wahlvorschlügen aus den Provinzen eine Kandidatenliste aufzustellen und dieselbe sämtlichen Arbeitervertretern zu überreichen.

Wiewohl wir die beiden letzten Wahlen im Jahre 1893 in dieselben Bahnen geleitet und den Kollegen ein großes

Stück Arbeit abgenommen haben, ist dies doch von einem großen Theil der Kollegen nicht erkannt worden, indem die Stimmerspaltung einen derartigen Umfang angenommen, wie wir es nicht erwartet hatten.

Wir haben bereits in unserem ersten Wahlauftrag darauf hingewiesen, daß nicht jede einzelne Großstadt oder Provinz berücksichtigt werden kann, und dieses sollten die Kollegen sich doch bei der zu wählenden geringen Zahl von Vertretern vor Augen führen.

Indem wir nun den Kollegen nachbenannte Kandidaten zur Wahl bestens empfehlen, glauben wir versichern zu dürfen, daß mit dieser Wahl tüchtige und bewährte, gewerkschaftlich und politisch organisierte und auch mit der sozialen Gesetzgebung vertraute Männer bei den Reichs-Versicherungsamts-Entscheidungen mitwirken werden, von denen auch schon ein großer Theil längere Zeit mitgewirkt hat.

Berlin, den 28. Juli 1897.

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag Der Berliner Arbeitervertreter-Verein.

J. A.:

Eugen Siemansowski, Vorsitzender, (Nr. 1408 des Verzeichnisses), Berlin N., Gartenstraße 78, Portal II, 2 Treppen.

Kandidaten-Liste:

Als 1. nichtständiges Mitglied: 1334*) Karl Kämpfe, Hamburg.

Als Stellvertreter: 703 Julius Grünert, Gera. 1809 Friedrich Hofner, München. 1405 August Dähne, Berlin. 1030 Ernst Erbert, Düsseldorf. 1307 Alwin Winter, Magdeburg. 1019 Friedrich Fieß, Halle a. S. 361 Friedrich Pieschel, Berlin. 1304 Johann Karl Nebs, Weiskopf a. S. 112 Heinrich Schmidt, Grabow a. d. Ober. 1001 Friedrich Stügelmaier, Berlin. 1426 Julius Lerch, Graubenz. 1778 Otto Riedel, Leipzig-Volkmarisdorf. 817 Franz Anton Ziemann, Chemnitz. 998 Hermann Brosig, Breslau. 528 Albert Voigt, Berlin.

Als zweites nichtständiges Mitglied: 257*) Karl Gutheit, Berlin.

Als Stellvertreter: 1525 Julius Fräsdorf, Uebigau b. Dresden. 1709 Gregor Wirthmann, Bamberg. 1780 Gustav Günther, Berlin. 696 August Scholika, Slamen b. Spremberg. 265 Robert Straube, Chemnitz. 1762 Konrad Wendler, Stuttgart. 917 Hermann Meyer, Halle a. S. 995 Joseph Kubon, Breslau. 54 Richard Jacob, Gersdorf (Reg.-Bez. Jüdowa). 154 Georg Seif, München. 982 Paul Starke, Dresden. 254 Karl Wilfenad, Hohenstein bei Solingen. 1408 Eugen Siemansowski, Berlin. 300 Karl Keifert, Hst b. Hannover. 248 Wilhelm Gottthausen, Düsseldorf.

*) Die Nummern vor den Namen bedeuten die entsprechenden Nummern im neuen Namenverzeichnis der Arbeitervertreter, welches Ihnen jetzt vom Reichs-Versicherungsamt zugefandt ist.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Jalen. Sonntag, 8. Aug., Nachm. 3 Uhr, im „Engel“ in Wasseralfingen.

Al- und Bengersdorf. Sonntag, 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr, Pahlabend in der „Felsenmühle“.

Apolda. Sonnabend, 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr. — Die Bibliotheksbücher sind abzuliefern.

Barmbeck. Sonnabend, 14. Aug., Abds. 9 Uhr, bei A. Fiedler, Ecke der Bach- und Schützenstr.

Berlin. Achtung, Vertrauenspersonen! Die regelmäßigen Konferenzen finden statt: Für den Westen und Nordost jeden ersten Sonnabend im Monat im „Königlicher Sädhause“, Bernauerstr. 9; für den Norden jeden zweiten Sonnabend im Monat im „Fische's Perlehaus“, Adastr. 123; für den Osten jeden letzten Sonnabend im Monat im Restaurant Wiedemann, Friedrichstr. 67; für den Süden jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat. — Wir machen ferner unsere Vertrauenspersonen bekannt, daß in Folge der Vertriebung der Handzettel eingeleitet wird, die Bekanntmachungen erfolgen nur noch an dieser Stelle und im „Hornwärters“. Die Ortsverwaltung.

Berlin. Bezirksversammlung für den Norden, Wedding und Granicburger Vorstadt am Mittwoch, 14. Aug. Vortrag des Gewerkschafts-Vorstandes und Gewerkschafts-Vorstandes. Wahl der Bezirksleitung. Sonstige Verhandlungsgegenstände.

Braunschweig. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 10. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“. Vortrag: Der Kampf um's Dufem.

Böhm. Sonntag, 14. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Hauptmann, Köpferstr. Dann wieder jeden 2. und 4. Samstag im Monat. — Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

Brandenburg. Mittwoch, 11. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Winkel, Hauptstr. 34. Vortrag des Kollegen H. Köpfer.

Bremerv. Sonnabend, 14. August, Abds. halb 9 Uhr.

Crimmitschau. Sonnabend, 7. Aug., Pahlabend bei Ahnert.

Danzig. Donnerstag, 12. Aug., Abds. 8 Uhr, große Mählengasse 9.

Delmenhorst. Mittwoch, 11. Aug., Abds. 8 Uhr, bei Herrn Tiebar.

Düsseldorf. Sonnabend, 14. August, Abds. halb 9 Uhr, bei Eilenberg, Köpferstr. und Quellenborferstr.-Ecke.

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Schwarz, Schützenstr. Vortrag des Gen. Dünker über: Naturkräfte.

Erlangen. Samstag, 14. Aug., im „Deutschen Hof“.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr. Geschäftliches. Vortrag. Neuwahl eines 2. Kassiers. — Die Inhaber von Karten des letzten Sommerfestes werden dringend ersucht, am 7. August in der Versammlung mit Kollege Arens abzurechnen.

Halberstadt. Sonnabend, 7. August.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Köpfer.

Heilbronn. Sonntag, 7. Aug., Abds. 8 Uhr, in der „Hofe“.

Holk b. Köln. Samstag, 7. Aug., bei Heufeshoven. Vorlesung aus Heine: Ein Wintermärchen.

Karlsruhe. (Alle Sektionen.) Samstag, 7. August, Abds. halb 9 Uhr, bei Kalnbach. Vortrag über: Nansen's Nordpolfahrt.

Karlsruhe. (Sektion der Bauhölzer.) Samstag, 14. Aug., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“. — Die Mitglieder werden ersucht, in der kombinierten Mitgliederversammlung am 7. August bei Kalnbach zahlreich zu erscheinen.

Kimbach i. F. Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat Zusammenkunft im „Johannesbad“.

Köbau i. F. Sonnabend, 7. Aug., Abds. halb 9 Uhr, in der „Tonhalle“ Pahlabend. Derselbe findet jetzt regelmäßig alle 14 Tage (Sonntag) statt.

Kunze. Montag, 9. August, bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34.

Länderscheid. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden ersten Samstag nach dem 1. und 15. jeden Monats, Abds. halb 9 Uhr, im Restaurant Wilhelm Hof, Wilhelmstr. 34.

Mannheim. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Die Versammlungen finden regelmäßig in der „Centralisation“ T. 6. 1, am ersten Montag jeden Monats statt.

Mühlhausen i. G. Montag, 9. Aug., Abds. 8 Uhr, bei Rietzmüller, Vortrag von Kollege Stöcklein.

Mürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 14. Aug., Abds. halb 9 Uhr im „Sammerthal“.

Pforzheim. Samstag, 7. August, Abds. 8 Uhr, im „Gold. Löwe“. Kartellbericht. — Mitgliedsbücher sind behufs Revision mitzubringen.

Regensburg. Samstag, 14. Aug., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Ritter“. Vorlesung über: Das Recht auf Faulheit.

Reutlingen. Samstag, 7. August, Abds. 8 Uhr, im „Gerberthor“.

Rohre. Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abds. halb 9 Uhr, in „Feldschützen“.

Rostock. Sonnabend, 14. Aug., in der „Friedr. Reiterhalle“.

Schwab. Gmünd. Samstag, 7. Aug., Abds. 8 Uhr, im „Löwe“.

Stettin (Zentrum). Sonnabend, 14. August, Abends 8 Uhr. Abrechnung. Fragebogen. Stützungsfeier. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 7. Aug., Abds. 8 Uhr, im „Hirsch“. Abrechnung.

Stuttgart. (Sektion der Glasbläser.) Samstag, den 14. Aug., im „Hirsch“. Vortrag von H. Herrmann.

Stuttgart. (Sektion der Feinmechaniker u. Elektriker.) Samstag, 7. Aug., Abds. 8 Uhr.

Velbert. Sonnabend, 7. Aug., Abds. halb 6 Uhr, bei Wwe. Kotterscheid, Hauptstr.

Wald. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Oswald Saul, Sophienstr. 1. — Der Schlosser Hermann Heinemann, geb. 28. Juli 1874 in Mautenhain, jetzt in Leipzig, wird ersucht, seine Adresse an den hiesigen Bevollmächtigten gelangen zu lassen.

Berlin. Den Kollegen allerorts geben wir bekannt, daß die Auszahlung des Reisegeldes im Vereinsbureau, Anckenstr. 39, in der Zeit von 9 bis 1 Uhr Vormittags und 3 bis 7 Uhr Nachmittags stattfindet. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Paul Löffel, Jauernstraße 39. Alle Anfragen, Mitteilungen sind nur an das Verbandsbureau zu richten.

Böhm. Das Gewerkschaftskartell hat für Sonntag, 8. August, einen gemeinsamen Gewerkschaftsausflug nach dem Jägerhof geplant. Die Kollegen versammeln sich Morgens 9 Uhr bei Herr Rantewitz, Kottelplatz. Abfahrt nach Witten halb 10 Uhr.

Bremen. Der Schlosser Otto Klingenberg, geb. 13. Dezember 1878 zu Gr. Nühlingen, wird aufgefordert, seine Adresse an uns einzufenden, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugestellt werden kann.

Düsseldorf. Adresse des Vertrauensmannes: Fr. Domast, Klempner, Amalienstr. 39. 11. Auszahlung des Reisegeldes dajelbst Abends von 7—8 Uhr.

Duisburg. Arbeitsnachweis der Feilenhauer für Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Hamborn, Ruhrort bei H. Köpfer, Klosterstr. 11. Schriftliche Anfragen in Sachen des Arbeitsnachweises an Georg Jakob, Herrstr. 209. — Ansuchen strengstens verboten.

Hainholz. Sonntag, 15. August, Ausflug in die Natur, vorzüglich Belustigungen aller Art. Sammelpunkt halb 2 Uhr bei Gottschall.

Halle a. S. Der Kesselschmied Edward Fahn, geb. am 31. Juli 1874, Ranton Zürich, hat auf das Mitgliedsbuch Nr. 74 670, Inhaber Max Köpfer, Kesselschmied, geb. am 6. Sept. 1874 in Zeitz, eingetretten am 2. Sept. 1894 in Potsdam, abgemeldet am 10. Juni oder Juli in Erfurt, widerrechtlich die Mitgliedschaft erheben.

Hildesheim. Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Schlossers Richard Gänzler aus Esch wissen,

werden gebeten, seine Adresse an die hiesige Ortsverwaltung gelangen zu lassen.

Heilbronn. Die Kollegen treffen sich Sonntag, 8. Aug., Früh halb 7 Uhr, auf dem Bahnhof zum Empfang der Stuttgarter Kollegen.

Kimbach i. F. Montag, 9. Aug., von Abends 8 Uhr an Sommerbergnügen im Hotel „Johannesbad“, bestehend in Konzert und Tanz. Theilnehmerkarten à 50 Pf sind schon vorher bei den Zeitungsträgern, sowie beim Bevollmächtigten zu haben.

Mühlhausen i. G. Als Zeitungsträgerin ist Frau Mies angestellt. Dieselbe wird wie bisher Beitragsmarken verkaufen.

Neckarsulm. Den Theilnehmern an dem Heidelberger Waldbeste zur Nachricht, daß die Sammlung des Kollegen Ernst Maier für die Hagelbeschädigten die Summe von M 24,70 ergeben hat.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Der Mechaniker Karl Neuhaus, Haupt-Str. 168 021, zuletzt in Feucht, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Desgleichen der Schmied Christof Scheffel, zuletzt in Bahreuth.

Roslar. Sonntag, 8. Aug., Ausflug. Sammelpunkt halb 2 Uhr Nachm. auf der Albrücke.

Schwab. Gmünd. Sonntag, 8. Aug., von Nachm. 3 Uhr an Ausgang zu Kollege Schmidhäupler mit musikalischer Unterhaltung.

Stuttgart. (Allg.) Am Sonntag, 8. Aug., Ausflug nach Heilbronn.

Stuttgart. (Sektion der Feinmechaniker u. Elektriker.) Samstag, 14. Aug., Herrenabend im Lokal, Silberburgstr. 156.

Velbert. Sonntag, 8. August, Sammlung bei Wwe. Kotterscheid Morgens 7 Uhr zum Ausflug nach Retzowig.

Freie Vereine.

Döbeln i. F. (Metallarbeiter-Verband.) Sonnabend, 14. Aug., Abds. halb 9 Uhr, in der „Mühlenterrasse“. Vortrag über gewerbliche Fragen.

Öffentliche Versammlungen.

Hegnitz. Samstag, 7. Aug., Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Kollege Breder-Nürnberg.

Sarsfeld. Sonntag, 15. August, Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung bei Herrn Borgers. Die Maßregelung der Arbeiter und ihr gesetzliches Recht.

Privat-Anzeigen.

Der Gelbgießer Hermann Schneider aus Berden wird gebeten, seine Adresse seinem Bruder Wilhelm Schneider in Delmenhorst, Feldweg 67, III mitzutheilen. [275]

4 Feilenhauer verlangt. Verbandsmitglieder bevorzugt. Schriftliche Anfragen an [263]

Georg Jakob, Duisburg, Herrstr. 207, Arbeitsnachweis der Feilenhauer Duisburg und Umgebung.

Ein tüchtiger Feilenhauer, der auch im Schleifen bewandert ist, findet auf Schlicht dauernde Arbeit bei gut. Lohn. [272]

Milch. Müller, Feilenhauer, Magold.

Tüchtige Metallformer

finden zum 15. August dauernde Beschäftigung auf Maschinenfabrik. [274]

J. Malling, Rostock i. M.

2 Feilenhauer sofort gesucht.

F. Gehren, Straßburg i. P.

Feilenfräsmaschine mit Messerfräser für Hand- und Kraftbetrieb, steht billig zum Verkauf bei

P. Brudühl, Feilenhauermeister, Frankfurt a. O. [271]

Tüchtiger Vorarbeiter

zur Unterstützung des Meisters gesucht. Nur solche, welche die Reithof- und Supportberechnung für tonische Arbeiten genau kennen, wollen sich melden. Off. unt. A. z. 57 151 befördert Rudolf Wosse, Köln a. Rh. [267]

Auf sofort ein tüchtiger Feilenhauer gesucht.

Wilk. Mühlingshaus, Barmen, Heiderstraße 12. [259]

Ein tüchtiger Feilenhauergeselle sofort gesucht.

Herrn Köpfer, Feilenhauermeister, Reheim a. d. Ruhr, Westf. [268]

Eine gutgehende Feilenhauerei zu verkaufen.

A. Bräunlich, Gera-St., Schleizerstr. [270]

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kautschukstempel,

sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth

Konrad Müller, Schenklich-Leipzig. [252]

Musirte Preislisten gratis!

Es ist erschienen:

Protokoll

über die dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, abgehalten zu Braunschweig vom 20.—24. April 1897.

136 Seiten. Preis 20 Pfennig.

Für jeden Verbandskollegen von großer Wichtigkeit.

Zu beziehen durch den Vorstand des D. M. V., Stuttgart, Neckarstraße 160.